

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Betriebs-
 Verhältnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Platz-Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Feiertagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Verkaufpreis 10 Pf. außer Montage.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 7. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Dr. Dade und die Agrarzölle.

I.

Der eben erschienene Band der vom Verein für Socialpolitik herausgegebenen „Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands“ enthält das schon im ersten Band angekündigte Referat des Herrn Dr. Dade über die Agrarzölle. Herr Dade will die gegen die schutzzöllnerischen Bestrebungen der Agrarier gerichteten Gründe, speciell die Einwände des Professors S. Conrad, widerlegen; in Wirklichkeit bietet jedoch sein Plaidoyer für höhere Getreidezölle die beste Verweissführung, die vielleicht bisher geschrieben worden ist für die Ungereimtheit und Nichtigkeit der ganzen agrarischen Argumentation. Indem Herr Dade die Ansprüche der Großgrundbesitzer und ihre Begründung höherer Zollsorderungen unter bestimmte Gesichtspunkte bringt, sie gewissermaßen systematisch darzustellen sucht, zeigt sich erst, wie unsäglich traurig es um die agrarischen Gründe bestellt ist.

In Deutschland hat von jeher die Vulgäroökonomie, eine privatwirtschaftliche Erfahrungen in breiter Weise verallgemeinernde, nur an der Oberfläche der Erscheinungen haftende Volkswirtschaftslehre, eine besondere Pflege gefunden; immerhin vermag sie selbst in der oberflächlichen professoralen Fassung nicht ohne theoretische Grundlegungen auszukommen. Bei Herrn Dade fehlt auch diese Konzeption; er geht in seiner Beurteilung nicht von einem durch wissenschaftliche Untersuchung gewonnenen, sondern von einem von vornherein eingenommenen Interessenstandpunkt aus; dem Standpunkt, daß der Großgrundbesitzer infolge des ihm innewohnenden besonderen Wertes ein natürliches Recht auf eine möglichst hohe Grundrente und hohe Bodenpreise hat, und daß demnach der Staat zu seinem eigenen Nutzen — d. h. genau genommen, zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Militarismus, der höheren heutigen Bureaucratie und des politischen Einflusses des Adels — die Verpflichtung hat, die agrarischen Anforderungen zu den seinigen zu machen.

Das ist eine allerliebste Auffassung; aber vielleicht verdient die Bechtigkeit, mit der sich Herr Dade über die einfachsten Grundzüge der Nationalökonomie in seinen Deductionen hinwegzusetzen versteht, noch größere Bewunderung. Es wäre eine verdienstvolle Arbeit, Seite für Seite Herrn Dade nachzuweisen, mit welcher Nonchalance er über schwierige Fragen hinweg zu sehen versteht und wie er eigentlich mit nichts, als mit leeren Voraussetzungen, Annahmen und Unterstellungen arbeitet. Solche Kritik müssen wir uns jedoch versagen, dazu bedürfte es einer längeren Artikelserie, hier können nur die Hauptpunkte seiner Ausführungen Berücksichtigung finden.

Herr Dade beginnt mit einer längeren Betrachtung darüber, daß seit etwa dreißig Jahren die Preise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer bedeutend gesunken sind. So betragen nach einer von ihm wiedergegebenen holländischen Statistik die Getreidepreise im preussischen Staat nach den Durchschnittspreisen der bedeutendsten Markttorte in achtjährigen Perioden:

Erntejahr	Preis pro Tonne (1000 Kilogramm)			
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1868/69—1875/76	228	173	165	160
1876/77—1883/84	207	166	159	148
1884/85—1891/92	181	156	148	142
1892/93—1899/1900	155	131	138	138

Aus diesem Rückgang der Preise folgert er dann weiter einen entsprechenden Rückgang der landwirtschaftlichen Rentabilität und die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidezölle.

Daß ein Preisfall stattgefunden hat, ist unbestreitbar; aber die Frage ist: Können denn die hohen Getreidepreise, die Preußen in den sechziger und siebziger Jahren hatte, irgendwie als Norm gelten? Diese Preise beruhten im wesentlichen darauf, daß damals in England die Getreidepreise weit höher standen als in Preußen, und dessen Getreideproduzenten daher in England einen vorteilhaften Absatzmarkt fanden. Durchschnittlich stellten sich in jener Zeit die Weizenpreise in England 40 M. pro Tonne höher als im preussischen Staate, über 50 M. höher als in der Provinz Preußen. Frankreich konnte kaum mithalten, da es den größten Teil seines Weizens selbst gebrauchte und überdies der Preis in Frankreich um über 20 M. höher stand als in Preußen. Die amerikanische Weizenproduktion steckte noch in den Anfängen der Entwicklung, und bei der Einfuhr russischen Weizens ergaben sich für die englischen Importeure enorme Transportkosten. Die deutsche Getreideausfuhr florirte; die Zucker machten hohe Profite und schwebten zu den Principien St. Mandesters. Die Güterpreise stiegen enorm. In Posen stellte sich beispielsweise der durchschnittliche Verkaufspreis pro Hektar vor 1850 beim Mittelbesitz auf 243 M., beim Großbesitz auf 274 M., in dem Zeitraum 1871—80 hingegen auf 630 bzw. 578 M. Ähnliche Preissteigerungen finden wir in Mecklenburg, West- und Ostpreußen, Schlesien u. Demgemäß stiegen auch die Pachten in den südlichen Provinzen Preußens von 1849 bis 1879 um nicht weniger als 156 Prozent.

Daß dieser Vermögenszuwachs den Grundbesitzern gefiel, ist begreiflich, und ebenso begreiflich ist es von ihrem ein-

seitigen Interessenstandpunkt aus, daß sie, als gegen Ende der sechziger Jahre die amerikanische und russische Konkurrenz siegreich vordrang, sich mit allen Kräften gegen eine Reduktion der Bodenpreise und ihrer Profite sträubten, und sich zu deren Aufrechterhaltung mit den Eisen- und Stahlindustriellen verbündeten, nachdem erst kurz vorher, auf Antrag der Agrarier, die Eisenzölle gefallen waren.

Aber entspricht denn dieser Standpunkt dem Volksinteresse? Oder hatte das Volk ein Interesse daran, daß die durch abnorme Verhältnisse hochgetriebenen Bodenwerte und Lebensmittelpreise wieder sanken, daß das Brotgetreide sich wieder dem Preisstande näherte, auf dem es in den dreißiger, vierziger Jahren gestanden hatte (1831—1840 kostete die Tonne Weizen in Preußen nur 138 M.)? Die Antwort kann vom Standpunkt des Gemeininteresses nicht zweifelhaft sein; Herr Dade allerdings nimmt einfach an, daß die den Grundbesitzern einmal zugeflossenen Vorteile ihnen auch dann durch den Staat gesichert werden müssen, wenn die wirtschaftlichen Bedingungen dafür nicht mehr existieren, sei es auch durch Verteuerung der den ärmeren Schichten unentbehrlichen Lebensmittel.

Mit ganz demselben Recht könnten auch die Hausbesitzer verlangen, daß ihnen, wenn erst die Mieten und Häuserpreise rapide stiegen, später infolge veränderter Verhältnisse aber wieder um eine Kleinigkeit sinken, der Staat dauernd die früheren höheren Mieten einspart.

Aber sehen wir ganz ab von diesem seltsamen Rechtsstandpunkt, mit dessen Nichtanerkennung sofort die ganzen weiteren Dadeschen Ausführungen zusammenbrechen — inwiefern folgt denn aus dem Rückgang der Getreidepreise schon ohne Weiteres, daß auch die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zurückgegangen sein muß?

Die von Herrn Dade benutzte holländische Tabelle zeigt zwar, daß gegenüber der Periode 1868/69—1875/76 der Weizenpreis im Durchschnitt der letzten Jahre um 68 M., der Roggenpreis um 42 M., der Haferpreis um 22 M., der Gerstpreis um 27 M. pro Tonne niedriger gewesen ist; doch bei näherer Prüfung der Preisverhältnisse stellt sich die Sache etwas anders dar. Herr Dade hat sich zum Vergleich gerade jene Periode ausgesucht (1868/69 bis 1875/76), in der die Roggen-, Hafer- und Gerstpreise ihren höchsten Stand im ganzen 19. Jahrhundert erreicht haben: eine Periode höchster landwirtschaftlicher Prosperität, die in keiner Hinsicht als normal gelten kann. Gehen wir nur auf die ebenfalls günstigen sechziger Jahre zurück, ergibt sich schon sofort ein ganz anderes Bild. Dann zeigt sich, daß eine größere Preisdifferenz nur beim Weizen vorhanden ist, aber mit Weizen und Spelz ist nur ein Sechstel (genauer 17 Prozent) der deutschen Getreidefläche bebaut. Dagegen ist die Differenz zwischen dem jetzigen und den Roggen-, Hafer- und Gerstpreisen der sechziger Jahre relativ gering, wie die folgende Aufstellung zeigt:

Jahr	Preise pro Tonne in Preußen			
	Roggen	Gerste	Hafer	Spelz
1861—70	155	146	140	97
1871—75	179	171	163	107
1876—80	168	162	153	103
1881—85	160	155	146	97
1886—90	143	139	135	97
1891—95	149	143	143	97
1906	120	128	122	87
1897	124	133	134	97
1898	147	144	147	97

Selbst an diesen Ziffern müßten noch verschiedene Korrekturen vorgenommen werden; so ist z. B. die Futtergerste mit der Braugerste zusammengeworfen. Im Preise zurückgegangen ist aber nur die erste; die Braugerste wurde in den letzten Jahren weit höher bezahlt als früher.

Aber was beweisen denn überhaupt die Getreidepreise für den Nutzen, den der landwirtschaftliche Betrieb abwirft? Zunächst ist der Ernte-Ertrag pro Hektar, das muß auch Herr Dade zugeben, in den letzten 20 Jahren bedeutend gestiegen; denn es wurde gewonnen vom Hektar:

	Weizen	Roggen	Hafer	Gerste
1890	1,29	0,84	1,13	1,32
1898	1,67	1,27	1,45	1,51

Wir sehen, dieser Mehrbetrag, der beim Roggen nicht weniger als 50 Proz. beträgt, ist bei Roggen, Hafer und Gerste, prozentuell berechnet, weit größer als der Preisfall. Mit Roggen sind aber 42, mit Hafer 29 und mit Gerste 12 Proz. der gesamten Getreidefläche des Deutschen Reichs bebaut, mit Weizen und Spelz nur 17 Proz. Sodann kommt, wie Herr Dade ganz vergißt, in Betracht, daß sich die Produktionskosten durch Erfindung künstlicher billiger Düngemittel und vornehmlich durch die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen vielfach verringert haben, ferner, daß durch den Ausbau des Eisenbahn- und Kanalnetzes die Transportkosten wesentlich gefallen sind, sowohl auf weite Entfernungen, als von den Gütern nach den nächstgelegenen Stationen. Und last not least hängt die Rentabilität der Landwirtschaft doch nicht nur von den Getreidepreisen ab, sondern auch von den Preisen und Produktionskosten von Schlachtvieh, Milch, Eiern, Käse, Gemüse, Obst u. u., sowie von den Erträgen der mit ihr verbundenen industriellen Betriebe (Drehereien, Brauereien, Zucker- und Stärkesabriken u.).

Herr Dade läßt alle diese Faktoren unberücksichtigt. Nur auf die Preisbewegung der Kartoffeln, des Heus, Kartoffel-

spiritus, Tabaks, Schlachtvieh, der Butter und Wolle geht er kurz ein, allerdings auch hier, ohne sich zu einer Untersuchung der Produktionsveränderungen zu verstehen. Ein Steigen der Preise einzelner dieser Artikel vermag er nicht zu leugnen, speciell des Schlachtviehs, doch kurioserweise zieht er daraus nicht die Folgerung, daß der Fall der Weizen- und Roggenpreise durch die Preissteigerung anderer Artikel mehr oder weniger wieder ausgeglichen würde, sondern daß diese Artikel, weil ihre Preise nicht auch gefallen seien, für die Beurteilung der agrarischen Forderungen nicht in Betracht kämen, also der „Schwerpunkt der Erörterung“ in der Bemessung der Getreidezölle liege.

Ein famoseres Verfahren!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Reichstag.

Ersichtlich erschöpft von den Anstrengungen des vorigen Tages arbeitete der Reichstag am Mittwoch ziemlich maschinenmäßig ein recht umfangreiches Arbeitspensum herunter. Zunächst erlebte er ohne jede Debatte in dritter Lesung das Posttag-Gesetz, die Einführung der lotter-boxes. Dann wandte er sich dem Rest des Auswärtigen Staats zu. Die Erörterung floß im allgemeinen recht ruhig, um nicht zu sagen langweilig dahin; daß Abgeordneter Lehr eine allseitige Uebersicht hielt, war ebenso wenig neu wie die Reaktionen der freisinnigen Volkspartei zur Kolonialpolitik, die Abgeordneter Eichhoff beim Titel „Kaufhaus“ belaudete. Uebrigens ist über den letztgenannten Titel noch nie so wenig verhandelt worden, wie in diesem Jahre.

Die einzige Debatte von Belang, die sich beim Rest des Auswärtigen Amtes entspann, betraf den Konsul v. Humboldt in Moskau, jetzt in Alexandria. Dieser Herr schloß sich augenscheinlich durch seinen berühmten Namen verpflichtet, etwas von sich reden zu machen, und antwortete auf eine Erkundigung zweier Damen nach den Bezugsbedingungen russischer Butter mit einem Schreiben, das gerade nicht allzu große Höflichkeit atmete, und dessen kurzer Sinn der war, er, der Konsul, habe keine Veranlassung, die Einfuhr russischer Butter nach Deutschland zu erleichtern. Mit Unrecht vermuteten die Herren von der Rechten, der Konsul sei wegen dieses seines unhöflichen Schreibens von Moskau weg nach Alexandria verlegt worden. Der Staatssekretär v. Richthofen, dem Graf Salow gnädigst überläßt, in Kleinigkeiten zu antworten, zerstreute diese Befürchtungen: den Ton des Briefs zwar gab er preis, da wir im Auswärtigen Amte immer sehr höflich sind, aber mit seinem Inhalt erklärte er sich durchaus einverstanden. Er leistete sich bei dieser Gelegenheit folgende famosere Beweisführung: Wenn aus einer Ware ein Schutzoll liegt, so bedeutet das, daß ihre Einfuhr erschwert werden soll; wenn nun aber ein Konsul durch Kunstfertigkeit die Einfuhr erleichtert, so handelt er diesem Zweck zuwider, und das sei eine Incongruenz der Aktion der einzelnen Teile der Regierung. Die deutsche Amt- und Kanzleisprache ist um ein neues Ungetüm von Wendung bereichert. Der Sache nach bedeutet die Erklärung des Staatssekretärs nichts anderes, als daß die deutschen Konsule im Auslande über keine im Zolltarif vorkommende Waren heimischen Bezüchern Kunstfertigkeiten erteilen dürfen. So will es Herr von Richthofen, der, man weiß nicht wie, in den Verdacht geraten ist, freisinniglich angekränkt zu sein. Von den Rednern der Linken, Dr. Müller u. Sagan und Brömel wurde die Auffassung des Staatssekretärs scharf bekämpft; selbst Herr Baasche erinnerte sich — kein mehr als seltener Fall — einmal wieder der zweiten Hälfte seines Parteiprogramms und tabelte verhältnismäßig scharf das Verhalten des Konsuls.

Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung des Etats des Reichs-Invalidentfonds. Dabei ergab sich das Merkwürdige, daß ein ursprünglich konservativer Antrag schließlich eigentlich nur noch von den Socialdemokraten vertreten wurde. Der Antrag Riehler betreffend Unterstützung der Kriegsveteranen und -Invaliden war in der Budgetkommission durch eine ziemlich nachsichtige Resolution erledigt worden. Die Konservativen ließen ihren eignen Parteigenossen im Stich und befrworteten die Annahme des Kommissionsantrages, der denn auch zur Annahme gelangte. Für den Antrag Riehler stimmten die Antisemiten, ein paar verprengte Konservative, Freisinnige und die Socialdemokraten.

Donnerstag steht der Etat des Reichsmarineamts auf der Tagesordnung.

Agrarische Annahme.

Der Uebermut der Agrarier kennt keine Grenzen mehr. Am Mittwoch stellte der Abg. Febr. v. Wangenheim (son.) bei der Beratung des Kulturbetats an den Minister die Forderung, nun auch die Wissenschaft in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Er verlangte allen Ernstes, daß Vertreter der „nationalen“ Wirtschaftspolitik auf die Lehrstühle für Nationalökonomie berufen werden mögen. Als ob nicht die Schmöller, Wagner und all die übrigen Hottentotten bereits eifrig genug die nationale Wirtschaftspolitik vertreten! In Wirklichkeit meint Herr v. Wangenheim natürlich solche Vertreter der nationalen Wirtschaftspolitik, die auf das Programm des Bundes der Landwirte eingeschworen sind, und „wissenschaftlich“ nachweisen, daß ein zehnprozentiger Zoll noch viel zu niedrig ist. Es ist ja nicht das erste Mal, daß von der Leidsäule des Landtags herab die Wissenschaft als Agentin kapitalistischer Interessen reklamiert ward. Im vorigen

Jahr hat Abg. Dr. Sahn dasselbe Ansuchen an den Minister gestellt wie jetzt Herr v. Wangenheim, und vor noch nicht langer Zeit hat bekanntlich Hr. v. Stumm im Herrenhaus gefordert, daß die Kathedersocialisten durch Männer seiner Anschauung ersetzt würden. Der damalige Minister Doffe ging darauf ein und berief sogleich Herrn Reinhold nach Berlin — allerdings täuschte er sich in der Person des neuen Professors, da dieser sich hinterher als unzuverlässiger Konfessionarius entpuppte.

Im übrigen zeigte die Debatte über das Kapitel Universitäten wieder, daß fast überall die notwendigsten Einrichtungen fehlen, oder sich in schlechtem Zustande befinden, da die Regierung für Kulturausgaben kein Geld hat, und daß die Stellung der Dozenten durchaus unwürdig ist. Vieles muß Privatdozenten bei ihrer Ernennung zu Professoren sich mit dem Titel begnügen und auf Gehalt verzichten. Durch ein solches System bleibt die Universitätslaufbahn der kleinen Zahl der Wohlhabenden vorbehalten.

Am Donnerstag wird die Beratung des Kultusetats beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Gegen den Kornwucher.

Von allenthalben überfüllte Protestversammlungen wird heute berichtet aus Kolmar, Po. Schönauke, Rawisch; aus Bzelen, im schlesischen Wahlkreis Friedeberg-Kröbnitz, wo Gen. O. H. Schönberg vor zahlreichem Kleinbauern mit vollem Erfolge gegen das Junkertum sprach; ferner aus Delitzsch, Weichenfels, Sangerhausen, Jyehoe, Effen.

Aus Hessen wird uns geschrieben:

Eine Versammlungsauflösung in Hessen ist gewiß eine große Seltenheit, da ja ein großer Teil der Versammlungen überhaupt nicht überwacht wird. Aber die Protestbewegung gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat uns auch diese Maßnahme beschert. Dem Schicksal der Auflösung verfiel die am letzten Sonntag in Seligenstadt von unsren Genossen einberufene und stark besuchte Versammlung, in der Genosse Kind aus Urberach ein Referat über die Handelsverträge und die drohenden Getreidezollerhöhungen hielt und dabei den ebenfalls anwesenden Centrumsanhängern ihr Sündenregister gerade auch in dieser Beziehung vorhielt. Außer einigen andern Genossen griffen auch zwei Kapläne in die Diskussion ein, um das agrarische Centrum zu verteidigen und natürlich die übliche Socialistenbelämpfung vorzunehmen. Dabei wurde es etwas unruhig, was sich noch steigerte, als der Versammlungsleiter den einen der geistlichen Herren deutlich auf den Gegenstand der Tagesordnung verweisen mußte, als derselbe sich gar zu große Abweichungen erlaubte. Darauf gab es wieder lebhaftes Zwischenrufen von beiden Seiten und der anwesende Gendarm erklärte etwas voreilig die Versammlungsauflösung. Unsere dortigen Genossen werden deshalb auch den Beschwerdeverweg beschreiten, da sie nicht annehmen können, daß nun gerade den Herren Agrariern zuliebe auf einmal das heftigste Versammlungsrecht aufgehoben werden soll.

Der bayrische Bauernbund, den der bekannte Remminger ganz in das Fahrwasser des preussischen Junkertums geführt hat, und der heftigste Bauernbund haben vor einiger Zeit eine Denkschrift an die deutschen Fürsten, den Reichstag und den Bundesrat vom Stapel gelassen, worin die agrarischen Wünsche niedergelegt sind. Diese Denkschrift macht jetzt bei den bayrischen Stadtverwaltungen die Runde, die ersucht werden, sich ihr anzuschließen und die Bevölkerung zur stichigen Unterzeichnung der Petition zu veranlassen. Der Stadtmagistrat Kärnberg hat dieses Ansuchen einstimmig abgelehnt.

Die Polen und die Getreidezölle.

Die polnische bürgerliche Presse, die gewöhnlich für wirtschaftliche Fragen nicht das mindeste Verständnis hat und sich nur selten mit ihnen befaßt, ist seit einigen Wochen gezwungen, zu der Frage der Getreidezölle Stellung zu nehmen. Ein Teil dieser Presse hat es auch getan.

Am und für sich ist der polnischen bürgerlichen Presse die Behandlung der heiligen Frage recht unangenehm. Die so gern gepflegte „Solidarität aller Gesellschaftsklassen“ zerfällt ja hier an der Macht der Thatfachen. Die Ansichten mühten sich aber schroff teilen und der Wunsch eines Veröhnungsdoppelet, der im Polener „Ordonnik“ den Wunsch ausdrückte, die polnischen Reichstags-Abgeordneten mögen sich der Stimme enthalten, um nicht nach dieser oder jener Seite Mißstimmung zu erregen, wird wohl kaum in Erfüllung gehen.

Die polnische Hoppartei hat ja, wie gewöhnlich, auch in dieser wichtigen Frage im preussischen Landtag bei Beratung des agrarischen Antrags und nach der Erklärung Wilhoms der gespanntesten polnischen Bevölkerung nichts mitgeteilt. Man weiß aber, daß zwei anwesende Mitglieder der Hoppartei für die agrarische Unversämtheit gestimmt haben. In Thorn hat auch eine Konferenz der polnischen Gutsbesitzer aus Westpreußen und Posen stattgefunden — das Hauptreferat für die Erhöhung der Zölle hielt dort der Reichstagsabgeordnete für Gnesen — Wronkowski Dr. Komterowski. Der Herr forderte den A. H. Mark-Föll. In einer angemessenen Resolution wurden die polnischen Abgeordneten aufgefordert, sich den Abgeordneten anzuschließen, die wirksamere Rolle fordern werden. Die Organe der Hoppartei haben sich gleichfalls für eine Getreidezoll-Erhöhung ausgesprochen und so sieht es ziemlich bestimmt fest, daß die polnische Hoppartei entschlossen ist, der Zollerhöhung zuzustimmen. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß die polnischen Junker dem Sturm, der jetzt durch die Bevölkerung geht, weichen und sich dann vor der Stimmabgabe drücken werden.

Es ist interessant, die Begründung der polnischen Junker und ihrer Organe für eine Zollerhöhung zu beobachten. Die nationale Frage muß auch hierfür herhalten. Es wird behauptet, daß das Interesse des ganzen polnischen Volks in Preußen mit dem Aufblühen der Landwirtschaft verbunden sei. Ergo wäre es nationale Pflicht, für die Getreidezoll-Erhöhung einzutreten.

Gläublicherweise sind die Hunderttausende der polnischen Arbeiter und Handwerker heute schon so weit, daß man ihnen nicht alles vorkalkulieren kann. So haben sich in Posen während der Wahlbewegung die städtischen Wähler sehr energisch gegen die Erhöhung ausgesprochen. Die Posener volksparteilichen Blätter haben sich in der Frage auch scharf und unzweideutig gegen die Junker erklärt.

Sehen wir uns auch die Provinzen an, die vorwiegend polnisch sind. Posen mit 1350000 Polen (63 Prozent der Gesamtbevölkerung) und Ober-Schlesien mit 1800000 Polen (60 Prozent der Gesamtbevölkerung). Die beiden Länderstriche weisen einen starken Erwerbsüberschuss auf. In der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Bureau's von 1895 wird auf Grund einer Enquete von 1892 festgestellt, daß in Posen 2681 Großgrundbesitzer über 100 Hektar Land besitzen und daß ihr Besitz 61,22 Proz. der gesamten Posener Landwirtschaft ausmacht. Da hätten wir also glücklicherweise die 2681 Junker, an denen das Wohl der Polen in Posen hängen soll. Ueber Oberschlesien ist kaum ein Wort zu verlieren. Hier sind es 25 Bestzer, die allein über 268 634 Hektar Land verfügen. Unter den ober-schlesischen Vorleibern finden wir den Herzog von West mit 16 072 Hektar, den Prinzen zu Hohenlohe-Jungingen mit 16 649 Hektar, den Fürsten von Pleß mit 30 177 Hektar usw. Und all die polnischen Bauern mit winzigem Besitz, dann die heillosen Landleute, die Landarbeiter, das städtische Proletariat, die Arbeitermassen des ober-schlesischen Industriebezirks, die Hunderttausende der polnischen Arbeiter in deutschen Städten — 70 000 polnische Bergarbeiter in Westfalen, 200 000 Köpfe samt Angehörigen — sie alle empfinden nicht die mindeste Lust, den

polnischen und deutschen Junkern einen neuen Willkürtribut zu entrichten.

Vor einigen Tagen hat in Bitten (Westfalen) eine von National-polnischer Seite einberufene Volksversammlung gegen die Getreidezollerhöhung protestiert. Am letzten Sonntag fanden in Berlin zwei polnische Protestversammlungen statt: die eine war von unsren Genossen, die andre von bürgerlicher Seite einberufen. Und schließlich regt es sich auch in Oberschlesien. In einer vom Berg- und Hüttenarbeiter-Verband veranstalteten Versammlung wurde schon vor längerer Zeit ein Protest gegen den Brotwucher beschlossen. Die Bemühungen unsrer Genossen, eine Volksversammlung zu demselben Zweck einzuberufen, mißlang allerdings an dem leibigen Saalmangel. Inzwischen ist es den polnischen „National-Demokraten“, den Anhängern des seit einiger Zeit radikal strebenden „Dziennik Berlinski“ gelungen, am letzten Sonntag eine Kundgebung in Königshütte zu veranstalten, an der auch die polnischen Socialisten aus dem ganzen Revier teilnahmen und in der eine scharfe Resolution gegen die Zölle auf Lebensmittel überhaupt unter großem Jubel angenommen wurde. Dieselbe Gruppe der „National-Demokraten“ hat eine polnische Broschüre herausgegeben: „Achtung! Das Brot wird teurer!“, in welcher in knapper, populärer Weise die Gemeingefährlichkeit der agrarischen Politik nachgewiesen wird.

Die Protestbewegung in Oberschlesien hat auch einen bemerkenswerten polnischen Beleg. Sie richtet sich scharf gegen das Centrum.

Die ober-schlesischen polnischen Centrumsblätter, der „Katolik“ und der „Dziennik Szlaski“, haben es bisher nicht gewagt, das Centrum für seine Brotwucherbestrebungen zu tadeln. Sie sehen die Enttötterung der polnischen Arbeiter, möchten es aber auch mit ihren Abgeordneten und deren Partei nicht verderben. Der „Katolik“ zählt 22 000 Leser. Diese konnte er nicht länger hinhalten, und für den nächsten Sonntag haben die „Katolik“-Leser eine Volksversammlung einberufen, die sich jedenfalls auch mit der Zollfrage befassen wird. Das mühten die Herren thun, nachdem die letzte Versammlung in Königshütte den bisherigen Führern des polnischen Volks in Oberschlesien, Freinanzriederhain, ausdrückte und erklärte, von den deutschen Centrumsleuten keine Hilfe mehr erwarten zu wollen.

So hat die Frage der Getreidezölle die polnische Arbeiterschaft recht vorteilhaft belebt. Das Centrum und die polnische Hoppartei werden dabei den Rest der Sympathien im polnischen Volk verlieren. Und schon dies Ergebnis wäre hochbedeutend und für die Zukunft vielversprechend. Denn die polnischen Arbeitermassen werden sich dabei gewöhnen, eine selbständige Politik zu treiben und sich von Einflüssen zu befreien, die ihnen bisher nur schädlich waren.

Minister unter Censur.

Die preussischen Minister, die gegenwärtig in ihrer Mehrzahl dem Thielenschen Energie huldigen, sich als Minister der Entgleisungen zu beweisen, werden gegenwärtig von irgend einem irramme Juchst haltenden Kollegen oder Oberkollegen scharf kontrolliert. Reden sie im Abgeordnetenhause, so werden ihre Redenungen erst einer höheren Censur unterworfen, ehe sie ins amtliche Stenogramm gelangen.

Allerdings widerspricht diese Censur den guten Sitten des Parlamentarismus. Ein Parlamentarier hat das Recht, unbeschränkt seine Schöpfungsfehler aus dem Stenogramm herauszufolgern, aber er darf nicht seine Redenungen durch unzulässige Änderungen und Streichungen ihren ursprünglichen Sinn nehmen. Jede Debatte würde ja sinnlos werden, wenn es gestattet wäre, Meinungen und Wendungen, auf die andre Redner reagierten, beliebig zu corrigieren oder zu beseitigen.

In diesem ungewöhnlichen Vorgehen hat nur jene mächtige Censur der preussischen ministeriellen Gesamtintelligenz den Kultusminister Stundt veranlaßt. Der Herr hatte am 2. März — wie die „Kat.-Sta.“ feststellt — in folgender Weise sich programmatisch zur Ratholikenfrage geäußert: Er wolle ohne Ansehen der Person sich der Aufgabe widmen, das Gute, wo er es fände und erkannt habe, fördern, berechtigten Ansprüchen gerecht werden usw. Dieses Programm in mir unterhalten werden und er glaube nicht, daß dabei die begründeten Interessen der katholischen Kirche zu kurz kommen werden. — Und dann fuhr er tödlich fort:

„Ich bitte dabei aber noch in Erwägung zu nehmen, daß meine eignen Entschlüsse allein auf sehr vielen Gebieten nicht maßgebend sind, sondern daß ich an die reformmäßige Mitwirkung verschiedener anderer Mitglieder der königlichen Staatsregierung unter Umständen auch an Entschlüsse des königlichen Gesamtministeriums gebunden bin.“

Dieser ganze Satz fehlt im „Reichs-Anzeiger“. Die Aufforderung an das Centrum, sich für seine Wünsche nicht mehr an den Kultusminister, sondern dorthin, wo der Widerstand liege, wenden zu wollen, ist beiseite gelassen.

Der Minister hatte gesagt:

„Zum Schluß hat der Herr Abgeordnete an mich einen Appell gerichtet, der, wie ich glaube, schon durch die zu Eingang meiner Ausführungen gegebene Versicherung beantwortet ist. Wenn eine Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung und ebenso eine legislative Festslegung des Volksschulwesens usw. erfolgen wird und erfolgen sollte, so werde ich mit vollem Ernst und mit vollem Interesse und, so weit meine Kraft reicht, auch mit dem thätlichsten Streben zur Förderung eines guten Ziels mich dieser überaus wichtigen und, wie allseitig wohl anerkannt werden wird, auch ganz außerordentlich schwierigen Aufgabe gern widmen.“

Dieser Satz ist im Bericht des „Reichs-Anzeigers“ durch folgenden ersetzt:

Der Herr Abgeordnete hat an mich einen Appell gerichtet, der, wie ich glaube, schon durch die zu Eingang meiner Ausführungen gegebene Versicherung beantwortet ist. Wenn gesetzgeberische Aufgaben an mich herantraten, werde ich mit vollem Ernste und mit vollem Interesse mich gern, so weit wie meine Kraft reicht, der Lösung derselben widmen.

Die Sage, wie sie Herr Stundt wirklich gesprochen hat, stellten, wenn auch in bedingter Form, ein reaktionärer, Verfallenes Programm dar, in dem die Unterwerfung unter die Centrumswünsche unzweifelhaft angeklagt wurde. Nach der Censur freilich ist nur noch ein blasser Versuch übrig geblieben, dem Centrum Unverbindliches zu versprechen, ohne es mit den Liberalen zu verderben.

Immerhin kennt man um das nach einem „christlichen“ Volksschulgesetz lehrende Herz des Kultusministers, man weiß aber zugleich, daß solche eckliche Offenherzigkeit gegenwärtig noch nicht für opportun gehalten und demgemäß durch Korrekturen zwangsweise beseitigt werden.

Die Reform des heftischen Landtagswahlrechts.

auch von Vertretern unsrer Partei schon lange gefordert, wurde, wie schon kurz mitgeteilt, endlich von der Regierung durch eine Vorlage in die Wege geleitet. Die Wahlgesetz-Vorlage basiert auf dem Princip des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts (ohne Wahlpflicht). Das Alter zur Stimmberechtigung ist auf 25 Jahre festgesetzt. Wähler können nur heftische Staatsangehörige sein, welche mindestens drei Jahre die Landesangehörigkeit besitzen und ebensolange in Hessen wohnen. Ausgeschlossen von der Berechtigung zur Stimmabgabe sind diejenigen, welche unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, welche sich im Konturs befinden oder denen die Ehrenrechte aberkannt wurden. Ferner diejenigen, welche unter Polizeigewalt stehen oder der Landespolizei überwiesen sind, zur Zeit der Wahl nicht nur vorübergehende Armenunterstützung erhalten haben oder mit den Staats- oder Gemeindesteuern länger als 3 Monate im Rückstande sind.

Wählbar zum Abgeordneten ist jeder stimmberechtigte Wähler, der nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen ist. Das Wahlrecht

wird in Person ausgeübt in Form geheimes Abstimmens mittels Stimmzetteln von weisem, kennzeichenlosem Papier in amtlich abgestempelter, gleichen offenen Wahlcouverts. Stichwahl hat bei mangelnder absoluter Majorität stattzufinden. Die Abgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre wird die Kammer zur Hälfte erneuert. Die Städte werden in räumlich abgegrenzte Wahlkreise nach der Zahl der Abgeordneten geteilt. Die Städte Mainz und Darmstadt wählen je 8 (statt bisher 2), Offenbach, Gießen, Worms je 2 (jetzt 1) Abgeordnete. Die Zahl der Abgeordneten beträgt nach dem neuen Wahlgesetz 55, statt bisher 60. Vorstehendes bezieht sich auf die Wahlen zur zweiten Kammer, in der gegenwärtig unsre Partei sechs Abgeordnete aufweist. Diese Vorlage bedeutet gegen den bisherigen Wahlmodus, Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner, welche auf gleicher, allgemeiner und geheimer Wahlvermittlung zusammengefaßter Stimmzettel, hervorzuziehen, einen nicht unbedeutenden Fortschritt und dürfte unsrer Partei zweifellos von Vorteil sein. Weniger günstig dürfte sein, daß die Wähler mindestens drei Jahre in Hessen wohnen müssen, ehe sie zur Abgabe des Stimmzettels zugelassen werden. Ob die Landesräde hierin eine Aenderung belieben werden, bleibt sehr zweifelhaft.

Eine „Kompensation“, die für das direkte Wahlrecht eingetauscht werden soll, ist eine Verstärkung der ersten Kammer durch die Oberbürgermeister von Darmstadt, Mainz und Offenbach, die der Ehre gewürdigt werden sollen, mit den heftischen Prinzen, dem Chef der Familie Riedel, anderthalb Duzend fürstlicher und gräflicher Durch- und Erlauchten und einigen Industriemagnaten an einer Tafel zu sitzen. Zu den sonstigen im Hessenlande zu bemerkenden freibereitlichen Regungen paßt freilich diese Neuausstaffierung der ersten Kammer schlecht. Ob die Regierung gerade diese Forderung unter allen Umständen aufrecht erhalten wird, muß abgewartet werden, besser wäre es schon gewesen, diese antiken Gemmische parlamentarischen Wirkens endlich einmal auf den Aussterbe-Fuß zu setzen. Die Wahldauer der Mitglieder der zweiten Kammer bleibt die alte: 6 Jahre mit dreijähriger Erneuerung.

Es stehen also in Wäde recht interessante Debatten bevor, aus denen hoffentlich eine Verbesserung des jetzigen Wahlrechts hervorgeht.

Aus dem ober-schlesischen Industriebezirk Die Polizeiverwaltung in Ratowitz veröffentlicht in den dortigen Lokalblättern wörtlich folgende Bekanntmachung:

Bekanntmachung

(Weilten betreffend.)

In letzter Zeit wird viel über das Betteln geklagt. Es ist festgestellt worden, daß in vielen Fällen rüstige Leute aus den Nachbarorten in der Stadt betteln, besonders freitags zur Mittagszeit. Wir ersuchen die Bürgerchaft, die Bettler ohne Ausnahme abzuweisen und einheimische in Fällen von nachweislicher Not an die Herren Bezirksvorsteher oder an die städtische Armenverwaltung im Stadthause zu verweisen.

Im gleichen ersuchen wir die Eutohnerchaft, den Bettlern in der Nähe der Kirchen und des Bahnhofs keinerlei Almosen zu gewähren.

Das Armenwesen ist in Stadt und Land jetzt so geregelt, daß niemand gezwungen ist, zu betteln. Wir werden von jetzt ab Polizeibeamte in Civill durch die Stadt schicken, welche die Bettler unachtsamlich aufgreifen und ins Zuführen.

Das Nachlassen der wirtschaftlichen Hochkonjunktur hat im Industriebezirk tausende von Arbeitern drollos gemacht. Alle maßgebenden Häupterwerke im Bezirk haben Feterlichkeiten eingeleitet, mehrere Hochöfen sind ausgedient worden, die Löhne, die hier auch in den glanzvollsten Zeiten durchaus nicht den mittleren Bedürfnissen anderer Industriegegenden gleichkommen, wurden reduziert, überall Niedergang, in den Arbeiterfamilien Hunger und Trostlosigkeit. Und nun sollen Polizeibeamte in Civill die Stadt durchstreifen und unachtsamlich die Bettler aufgreifen. O ja, unachtsamlich ist die ober-schlesische Polizei, dafür ist sie bekannt. Aber glaubt man denn wirklich, daß rüstige Leute zum Betteln gehen? Nein, die arbeiten lieber, ehe sie sich ein paar Bettelbrosche oder eine Brotkruste zuwenden lassen. Mit Waagen fragt man sich, wie das in Oberschlesien erst werden soll, wenn die Brotwucherer ihr Ziel erreicht haben?

In Oberschlesien sieht man das Gefährliche der Situation auch ein. Hat doch die Stadtvertretung von Ratowitz einstimmig gegen den Brotwucher votiert und der Magistrat hat sich dem angeschlossen. Die Stadtvertretung in Ratowitz besteht aus 36 Mitgliedern, von denen 14 dem Centrum, 8 den Kartelpartien und 14 dem Freisinn zuzurechnen sind. Keiner der anwesenden Centrumsleute oder Konserverativen widersprach dem Protest und so haben denn diese Herren beim Reichslanzler gegen die Pläne ihrer eigenen Parteigenossen protestiert.

Bäcker und Landwirte. Die Bäcker wollten sich den von den Agrariern erhobenen Vorwurf, daß sie die eigentlichen Brotwucherer seien, nicht gefallen lassen und rebellierten gegen die Sachwalter des Junkertums. Darauf behauptete die „Korn-Korresp.“, daß die Bäcker gerade in den Arbeitervierteln Berlins besonders teures Brot verkaufen und drohte mit der polizeilichen Drohtage. Diese Drohung scheint den Vorstand der Berliner Bäckerinnung derart eingeschüchert zu haben, daß er sogleich — wider besseres Wissen — die Versicherung abgegeben hat, daß der Getreidezoll auf die Preisbildung des Brodes durchaus nicht den Einfluß geübt habe, den die Zollgegner ihm zuschreiben.

Man wird gut thun, sich dieser Erklärung zu erinnern, wenn etwa später die Herren Bäckermeister unter Berufung auf die höheren Zölle einen Preisausschlag begründen werden. Und man wird ferner daraus die Lehre ziehen, daß die Bäckermeister ohnehin verdienen, daß es ihnen gar nicht darauf ankommt, ob der Getreide- und Weizenpreis um 60 M. verteuert wird oder nicht. Die konserverative Idee der Einführung der Brotkruste könnte unter gewissen Umständen dann auch in anderen Kreisen Anhang finden.

Wir haben es in diesem Zwischenpiel der Bäcker und Landwirte mit der Komödie der Mittelschichten zu thun, die sich gegenseitig demunzieren und doch wieder in der Angst der Entlarung Spiegelscheiteln bleiben.

Aus dem Reichslande wird uns unterm 5. März geschrieben: Die Wunschigen untes Landesauschusses ist durch die Bewilligung der 750 000 M. für die Hohlkönigsburg demnach erschöpft worden, daß selbst für die wichtigsten Kulturaufgaben kein Geld mehr vorhanden ist. Schon seit Jahren bettelt die Universität Stralburg bei der Volksvertretung geradezu um die Mittel zur Erbauung eines neuen pharmazeutischen Instituts, da die alten Gebäulichkeiten für die große und mit jedem Jahre zunehmende Zahl der Studierenden räumlich völlig ungenügend, dazu baufällig und im höchsten Grade feuergefährlich sind. Zahlreiche Studenten sind gezwungen, sich bei ihren Arbeitern in Kammern aufzuhalten, die direkt über den Laboratorien liegen, und aus denen für sie im Fall einer Feuersbrunst nur ein einziger, dazu sehr enger Ausgong über eine schmale Wendeltreppe vorhanden ist. In beweglichen Klagen wurden seitens des Vertreters der Universität und einiger Sachverständiger aus dem Hause selbst den Volksboten diese eines modernen wissenschaftlichen Instituts durchaus unentbehrlichen, völlig unhaltbaren Zustände geschildert. — unsonst! Selbst die Versicherung des Direktors des Instituts, er werde, falls nicht bald Abhilfe geschaffen würde, sich veranlassen sehen, die Arbeiten in den allen Kammern vollständig einzustellen, und müsse jede Verantwortlichkeit für etwaige Verluste an Menschenleben im Fall eines Brands ablehnen, blieb auf die Herren ohne jede Wirkung. Der geforderte Kredit in Höhe von 150 000 M. wurde mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, also etwa mit derselben Mehrheit, mit der die Dreiviertelmillionen-Ausgabe für die romantische Idee der effizienten Kofferburg ihre Genehmigung fand. Es ist eben auch ein verdienstliches Werk, auf laienhaften Wunsch alle Mitterburgen wieder neu erkranken zu lassen, als einem wissenschaftlichen Instituts die nötigen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben zu gewähren, aus dem ein ganzes Land seinen Bedarf an Unpothekern deckt.

Die Liquidatoren der Grundschuldbank
sind nicht zu Kontrovervaltern ernannt worden, sondern der Kaufmann Fischer, Alte Jakobstraße. Wir können das nur mit Genehmigung begreifen. Die Forderungen sind bis zum 10. April anzumelden. Am 27. März ist die erste Gläubiger-Versammlung. Die Presse sollte dringend warnen, solchen Bankiers, die mit der Deutschen Bank-Gruppe in Beziehungen stehen, Vollmachten zur Vertretung in der Gläubiger-Versammlung zu erteilen. Die Liquidatoren hatten ihren Kontoplan ganz fertig; sie wollten 40 Prozent bieten. Wenn die Gläubiger ihre Rechte wahrnehmen, wird dieser Plan scheitern.

Der Kurs der Obligationen stieg heute an der Börse weiter um 1/4 Prozent. Das doppelte Votum des Gerichts und der Börse ist für die bisherigen Liquidatoren nicht sehr schmeichelhaft.

Einer der haftbaren Aufsichtsräte, der Bankier Komitzky in Bremen, hat sich erschossen, wahrscheinlich, weil die Negreganzprüche ihn ruinieren mußten.

Ausland.

Wie wird das enden?

So fragen die „Berl. Neuest. Nachr.“ am Schlusse eines Artikels, der die sozialen Reformen in Frankreich schildert, und, grau in grau gemalt, ein düsteres Bild entwirft von — der Noth der Fabrikanten. Zunächst wird mitgeteilt, daß die Fallweber von Calais mit 1868 Stimmen von 2800 sich für das System der „Bierkellerei“ ausgesprochen haben. Die Thatsache ist richtig. Wie aber ist diese Abstimmung zu Stande gekommen? Darüber erzählen die französischen Arbeiterblätter: Die Fallweber von Calais haben über drei Monate unter den größten Entbehrungen gekämpft, um dem Gesetz Achtung zu verschaffen; noch dann, als sie schon, vom Hunger getrieben, die Beendigung des Streiks beschlossen hatten, lehnten sie in einer von den Fabrikanten ins Werk gesetzten Abstimmung das Melaisystem mit 2/3 der Mehrheit ab; nur die Mitglieder der „Emancipation“ stimmten dafür. Damals war es eine geheime Abstimmung, und wenn auch einzelne Fabrikanten oder deren Werkführer die Arbeiter an die Urne geschleppt brachten, so war durch die Fürsorge des Arbeitersyndikats die Freiheit der Abstimmung einigermaßen gewahrt. Anders diesmal. Die Fabrikanten ließen die Hebel in den Fabrikräumen durch ihre Werkmeister — falls sie es nicht selbst thaten — verteilen und wieder einsammeln. Die Arbeiter mußten unterzeichnen bei Strafe sofortiger Entlassung, und das nennt man nun eine freie Abstimmung. Die Arbeiter haben sich an ihre Organisation gewandt und erklärt, daß sie gezwungen worden seien, gegen ihre Ueberzeugung zu unterzeichnen. Das Syndikat der Arbeiter hat sich an die sozialistische Kammergruppe gewandt, um Protest einzulegen gegen dieses Verfahren. Im übrigen aber mag bei den Unterzeichnern die Erwägung mitgesprochen haben, daß ihre Unterschrift ja doch nicht allzuviel bedeuten könne, da das Melaisystem dem Gesetz widerspricht; und der Handelsminister Millerand selbst erklärte, daß er sich ganz entschieden gegen eine Abänderung des Gesetzes in diesem Punkte wenden werde. Die Arbeiter hoffen also auf die Hilfe des Staats und legen ihrer Unterschrift, die ihnen abgerungen, kein großes Gewicht bei.

Die Unternehmer haben nun schon vor längerer Zeit, gemäß ihrem früheren Beschlusse, dem Gesetz zum Trotz die alte Arbeitsmethode wieder eingeführt. Das ganze Fabrikantentum des Nordens steht dahinter, es will unter allen Umständen das Gesetz wieder zu Fall bringen. Die Fabrikinspektoren, angewiesen vom Minister Millerand, streng die Befolgung des Gesetzes zu überwachen, machen natürlich von den Gesetzesübertretungen Anzeige und sie sind deshalb seitens der Fabrikanten die bespotteten Personen. Man versperrt den Inspektoren, die sich während der Nachtzeit überzeugen wollen, ob die Arbeit nach gesetzlichen Vorschriften vorgenommen wird, den Zutritt in die Fabriken. Der Inspektor schrieb darauf an den Vorsitzenden der Unternehmervereinigung folgenden Brief:

Herr Präsident! Im Verlauf meiner neuerlichen Nacht-Rundgänge hatte ich Gelegenheit zu konstatieren, daß die Fabriken und Werkstätten, in welchen man arbeitete, geschlossen waren. Ich sah mich in der Unmöglichkeit, hineinzugelangen. Ich bitte Sie, Herr Präsident, allen vereinigten Fabrikanten in Erinnerung zu bringen, daß ich Zutritt zu den industriellen Lokalitäten haben muß, zu jeder Stunde des Tags und der Nacht, ohne nöthig zu sein zu warten, bis man mir öffnet.

Die Fabrikanten machen die Andrede, daß sie die Betriebe vor Spionage sichern müßten. Die ganze Wut des französischen Unternehmertums gegen die neuerlichen sozialen Gesetze, und gegen den ersten Versuch der Regierung, sie auch wirklich zur Durchführung zu bringen, zeigt sich in dem Ausspruch eines Calais' Fabrikanten gegenüber dem Gewerksmann des „Figaro“. Nach dem „Berl. Neuesten Nachr.“ äußerte sich der Fabrikant in Beziehung auf den Brief des Inspektors: „Für was hält man uns denn? Das ist doch keine industrielle Organisation mehr; das ist eine Zucht-haus-Organisation.“

Sodann heißt es in dem genannten deutschen Unternehmerblatt weiter:

Am Sonnabend haben die Fallweber von Calais, Lyon, Cauchy und Saint-Quentin mit den Deputirten ihrer Bezirke beraten, um die Fallweber gegen das Melaisystem Arbeitsgesetz zu schützen. Die Fallweber in Montceau haben einen Protest an den Präsidenten der Republik gerichtet, in welchem geflagt wird, daß fremde Deputirte den Bezirk aufzuzwiegel haben; wir leben in einer schrecklichen Atmosphäre; infolge der den Führern einer revolutionären Faktion gelassenen Willkür ist jede Freiheit tot; der Handel stirbt; die Angst hat der Hoffnung Platz gemacht und nichts läßt uns ein Ende dieser Anarchie absehen. . . . Unsere Municipalität beschützt die Umstürzler trotz des Municipalitäts-Gesetzes; die Vertreter der Regierung lassen die Fahne der Revolte frei entfalten. . . . Wir können das nicht mehr ertragen“ usw. Der Verein der Arbeiter von Marseille läßt in den Straßen einen Aufruf an die Bevölkerung anschlagen, in welchem es heißt: „Wir haben unter der Syndikatsdiktatur zu viel gelitten. . . . Das wohlüberlegte Ziel des Kampfes ist für das internationale Syndikat die Herrschaft über die Quais; sein Wille soll den Unternehmern aufgezwungen werden.“ Unterdessen empfängt der Ministerpräsident freundschaftliche Abgesandte der streikenden Arbeiterorganisationen von Marseille und Montceau und macht ihnen Zugaben, nachdem das Bergarbeiter-Syndikat bereits den allgemeinen Ausstand beschlossen! Wie wird das enden?

Diese Willenslose zeigt, wie hart die französische Regierung von dem koalirten Unternehmertum wegen der paar arbeiterfreundlichen Gesetze bedrängt wird. Der hartnäckige Widerstand, den die Unternehmer dem Millerandschen Gesetz entgegen stellen, deutet ferner auch darauf hin, daß es für die Arbeiter doch nicht so geringen Wert haben kann, als von einer gewissen Seite behauptet zu werden pflegt.

In dem Artikel der „Berl. Neuest. Nachr.“ wird noch die Behauptung aufgestellt, die Inspektoren befänden auf Grund des vorjährigen Gesetzes auf der Abschaffung der „Bierkellerei“, obwohl die Gerichte das entscheidende Wort noch nicht gesprochen haben. Das ist durchaus falsch. Der

oberste Gerichtshof hat im Gegenteil ausdrücklich entschieden, daß das Gesetz vom 30. März 1900 auf die Fallweber von Calais anwendbar sei.

Was den Protest der Kaufleute von Montceau anlangt, so hat jetzt der Bürgermeister von Montceau einen Brief an den Ministerpräsidenten gerichtet, in dem er sich gegen die Anschuldigungen derselben verwahrt. Es heißt dort u. a.: Es ist unklar, daß die Stadtverwaltung die Unruhstifter schätze; die Municipalität thut alles, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diejenigen, die sich über die gestörte Ordnung beschwerten, sind diejenigen, deren Freunde oder Beauftragte auf die Beamten der Stadt geschossen haben.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhause. Wien, 6. März. Zur Debatte über die Regierungsvorlage betr. die Erhöhung der Branntweinsteuer erteilt der Präsident dem Abg. Heinrich das Wort. Abg. Freßl schreit: „Wir haben uns das Wort erbeten; erteilen Sie mir das Wort!“ (Großer Lärm.) Der Präsident entgegnet in großer Erregung: „Ich habe das Wort zu erteilen und werde es Ihnen geben, aber dann, wann ich will!“ Ruft aus den Reihen der Gehehen: „Nicht das Wort!“ Freßl schreit: „Das ist ein Skandal! Schämt Euch!“ Freßl verlangt ununterbrochen das Wort. Heinrich spricht unbedenken, nur den Stenographen verständlich, weiter. Freßl: „Das Wort will ich haben. Einen Tag wird es so gemacht, den andern Tag so. Er macht, was er will!“ Weitere Zwischenrufe bleiben unbeachtet. Freßl bleibt an seinem Platz gelehrt stehen und spricht heftig gestikulierend mit seinen Parteigenossen. Endlich tritt Ruhe ein und Abg. Heinrich setzt seine Rede fort.

Frankreich.

Das Duell Déroulède-Buffet findet nicht statt. Buffets Zeugen finden in dem Brief Buffets an Déroulède keine Verleumdung.

England.

Ein Sturm im englischen Unterhaus.

Im englischen Parlament kam es am Dienstag zu einem Aufruhr, wie man ihn sonst wohl nur in der französischen Deputirtenkammer und im österreichischen Abgeordnetenhause gewohnt ist. Es sollte über die Bewilligung des Credits von 340 Millionen Pfund abgestimmt werden. Der erste Lord des Schatzes Balfour beantragte dann den Schluß der Debatte. Dieser Antrag wurde hierauf unter lärmenden Zwischenrufen der Zeländer mit 220 gegen 117 Stimmen angenommen. Als dann der Kredit selbst zur Abstimmung gelangen sollte, weigerten sich mehrere Nationalisten, den Sitzungssaal zu verlassen, um in der gewohnten Weise ihre Stimmen abzugeben. Alle Vorstellungen des Sprechers, daß dies der Geschäftsordnung des Hauses widerspreche, waren vergeblich; die betreffenden Mitglieder, elf an der Zahl, die sich geweigert hatten, abzuschließen, wurden zur Ordnung gerufen. Balfour beantragte hierauf, daß die zur Ordnung gerufenen Mitglieder von der Sitzung ausgeschlossen werden; ein Antrag, welcher von allen Seiten des Hauses, die Zeländer ausgenommen, mit großem Beifall angenommen wurde.

Der Antrag Balfours wurde sofort angenommen und der Sprecher forderte nun die zur Ordnung gerufenen Mitglieder auf, den Saal zu verlassen. Diese weigerten sich, der Aufforderung Folge zu leisten, und der Sergeant at arms wurde sodann beauftragt, die betreffenden Mitglieder hinauszuführen. Der Sergeant at arms trat zu einem derselben vor, doch dieser weigerte sich, seinen Sitz zu verlassen, und vielmehr zum erstenmal seit dem Bestehen des Hauses mußte Gewalt angewandt werden, um ein Mitglied hinauszuführen. Die Angestellten des Hauses versuchten zunächst, eines der Mitglieder fortzuschaffen, doch gelang ihnen dies nicht. Es wurden nun Polizeibeamte herbeigerufen, die ihn mit Gewalt von seinem Sitz zerrten und den verzweifelten Beherrschenden aus dem Saal trugen. Der Aufruhr machte auf allen Seiten des Hauses einen peinlichen Eindruck, und Arie: „Es ist eine Schande, es ist eine Schande!“ wurden laut. Der Sprecher, der sehr erregt war, richtete an die widerspenstigen Mitglieder die Aufforderung, doch das Haus etwas zu respektieren und sich ohne Widerstand zurückzuziehen, doch blieb keine Aufforderung ohne Erfolg, und eines der irischen Mitglieder schrie ihm zu: „Wir sind völlig entschlossen, Widerstand zu leisten!“ Der Sprecher rief dann jedes der gemäßigten Mitglieder namentlich auf, worauf Polizeibeamte in den Sitzungssaal traten und die betreffenden einen nach dem andern hinausstrugen. Diese setzten sich verzweifelt zur Wehr. Einer derselben schrie: „Gott beschütze Irland!“ während sie gleichzeitig ihre Plätze schwankten.

Patrick O'Brien schlug vor, dem Aufruhr durch Vertagung des Hauses ein Ende zu machen, aber dieser Vorschlag fand keine Zustimmung. Als die widerspenstigen Mitglieder des Hauses alle aus dem Saal entfernt waren, wurde die Kreditvorlage angenommen, worauf sich das Haus vertagte.

Der Boeren-Krieg.

Englische Berichterstattung.

Ueber Lord Ritchers Berichterstattung bezüglich der Operationen gegen Sotha schreibt der „Manchester Guardian“: Dem eiligen Leser müßten sie den Eindruck einer überfüllten Flucht hervorrufen, in deren Verlauf Kriegsmaterial, Lebensmittel, Wagen und Gefangene in Masse erbeutet wurden. In Wahrheit verhält sich die Sache ganz anders. Die Thatsache, daß in einer Reihe von Operationen, die sich über eine Woche ausdehnten, nur neun Tode und Verwundete gemeldet werden, zeigt, daß eigentlich nicht gekämpft worden ist — nicht einmal mit der Macht der Boeren — und die Langsamkeit von Frenchs Vorrücken — vier englische Meilen (6 Kilometer) pro Tag nach der Karte — vernichtet die Theorie einer eiligen Verfolgung. Es ist weiter instruktiv, daß die Zahl der erbeuteten Gewehre noch nicht halb so groß ist, wie die Zahl derer, die sich ergeben haben. Die, die sich ergeben haben, gehören zum größten Teil gar nicht zu Lucas Meyers zurückgehender Armee, sondern waren einfache Bauern, die in dem durchzogenen Lande lebten. Die Vieherden, Schafe und Wagen, die „genommen“ wurden, sind — das zeigen schon ihre Zahlen — nicht die Vorräte einer geschlagenen Armee, sondern das gewöhnliche Farmmaterial eines Bezirks, der verwüstet wird. Ueber 16 000 Schafe und beinahe 1400 Wagen wurden in 14 Tagen erbeutet; es ist sinnlos, anzunehmen, daß die Boerenarmee sie mit sich geführt hat.

Nicht viel besser dürfte es mit den Berichten von den Siegen in der Kapkolonie gegen De Wet sein.

Milner, der zum Gouverneur von Transvaal ernannte ehemalige Gouverneur der Kapkolonie, ist am 2. d. M. in Bloemfontein eingetroffen und ist dort mit Ritchener zusammengetroffen. In Bloemfontein sollen 15 Wagen mit flüchtigen Boeren aus Rhodanhu angekommen sein.

Die englischen Verluste.

Nach Mitteilung des Kriegsamtts belaufen sich die gesamten Verluste in Südafrika während des Jahres einschließlich der als Invaliden nach Hause gesandten Mannschaften auf 95 Offiziere und 2274 Mann. Seit dem Beginn des Krieges sind in Südafrika im ganzen gefallen 684 Offiziere und 13 187 Mann; die Gesamtzahl der Verluste ausschließlich der Invaliden, welche sich wieder erholten haben, beträgt 685 Offiziere und 16 174 Mann.

Parlamentarisches.

Die Subjekt-Kommission

beschäftigte sich in ihrer Mittwoch-Sitzung in längerer Geschäftsordnungsdebatte mit dem Vorschlag einer ostafrikanischen Centralbahn. Die Sache wurde jedoch bis nach Schluß des ganzen Kolonialrats verschoben und dürfte demnach wohl in der morgigen Sitzung zur Beschlußfassung kommen. Beim Etat für Kamerun erklärte die Regierung, daß die im Vorjahr beschlossene Vermehrung der Schuttruppe anfänglich Schotterarbeiten bereitet habe, daß dagegen zur Zeit die Anwerbungen zu Ende geführt seien. Die Verhandlungen der Eingebornen, die den Antrag zu unterstützen gegeben haben, wurden von der Regierung entschieden verurteilt und die Erklärung abgegeben, daß man zwar auf die Anwendung der Prügelfolter nicht allgemein verzichten könne, daß dieselbe aber nur in den alleräußersten Fällen zur Anwendung kommen solle. Die angeregte Verlegung der Centralbahn nach Victoria wurde als zu teuer und unpraktisch erklärt.

Für den geforderten neuen Regierungsdampfer wurde die erste Rate bewilligt. Nicht weniger als 6 Abstimmlingen verurteilten der für eine Expedition nach dem Arab-See eingesetzte Betrag, der indes schließlich vom Vorsitzenden mit 12 gegen 11 Stimmen als angenommen erklärt wurde.

Partei-Nachrichten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— Graf Bülow sagt nicht. Das gegen die Genossen Bogatski und Wendt eingeleitete Strafverfahren wegen Verleumdung der Reichsregierung und des Reichskanzlers ist eingestellt worden. Die Verleumdung soll in drei Stellen eines Flugblatts zur Reichstagswahl in Polen enthalten gewesen sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Elektromonteur der Firma „Pöbny“

hatten wegen einer Arbeitsniederlegung die Vermittlung des Einigungsamts anrufen, welches am Mittwoch unter dem Vorsitz des Gewerbevereins-Direktors v. Schulz verhandelte. Die Ursachen der Arbeitsniederlegung sind nach den Darstellungen des Monteurs Holz und des die Firma vertretenden Prokuristen Tiedens folgende: Die Firma „Pöbny“ hat bisher, ebenso wie die andern Firmen der Branche für Arbeiten außerhalb Berlins zu den Berliner Löhnen eine sogenannte Vorortzulage von 1,20 M. für Monteur und 85 Pf. für Hilfs-Monteur gezahlt. Außerdem ist das Fahrlohn vergütet worden. Die Vorortzulage ist den Arbeitern kürzlich entzogen worden. Statt dessen hat die Firma für auswärtige Arbeiten folgenden Zahlungsmodus eingeführt: Die Dauer einer Arbeit wird von der Firma z. B. auf 14 Tage veranschlagt. Wenn die Arbeiter früher fertig werden, so erhalten sie den Lohn für 14 Tage ausbezahlt. Nimmt die Arbeit aber längere Zeit als 14 Tage in Anspruch, so gelangt der Arbeiter für die wirklich aufgewendete Zeit, also etwa für 15, 16 u. Tage zur Auszahlung. Diesen Modus hat die Firma deshalb eingeführt, um die Kosten für eine Kontrolle der Arbeiter zu sparen, und weil der Umstand, daß gegenwärtig kein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, sie in den Stand setzt, die bisher geltenden, früher mit den Arbeitern vereinbarten Vorortzulagen aufzugeben. Die Arbeiter sind mit dem neuen Modus nicht einverstanden, denn sie sehen in demselben eine Vorkürzung und die Einführung einer verwickelteren Form der Accordarbeit. Verhandlungen der Lohnkommission mit der Firma hatten keinen Erfolg. Die Firma erklärte sich zwar bereit, für auswärtige Arbeiten eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde tatsächlich geleisteter Arbeitszeit zu zahlen, da aber hierbei die oft recht getraubenden Wege von und nach der Arbeitsstelle ohne Entschädigung bleiben würden, so lehnten die Arbeiter diesen Vorschlag, der immer noch eine Kürzung darstellt, ab und legten am vergangenen Sonnabend die Arbeit nieder. — Vor dem Einigungsamt erklärte sich der Vertreter der Firma bereit, die bisherige Vorortzulage weiter zu zahlen, wenn ihm ein Modus der Kontrolle vorgelegt werde, welcher der Firma keine erheblichen Kosten verursacht.

Nach längeren Verhandlungen kam ein Vergleich auf folgender Grundlage zu Stande: Bei Montage in den Vororten wird, wenn die Arbeit bis zu sechs Stunden dauert, ein Zuschlag von 15 Pf. pro Stunde gezahlt. Wenn die Arbeit länger als sechs Stunden dauert, dann beträgt der Zuschlag für jede Stunde 10 Pf. Außerdem wird das Fahrlohn vergütet. Ob und in welcher Weise bei Vorortarbeiten die Bauzeit vergütet werden soll, darüber hat eine Kommission zu beraten und der Firma Vorschläge zu machen. Die Kommission wird gebildet aus zwei Arbeitern und zwei Arbeitgeberern, sie hat sich auch über etwaige Änderungen der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse schlüssig zu machen. Ferner soll die Kommission in Funktion treten bei Differenzen, die zu Streiks oder Aussparungen führen könnten. Wenn bei solchen Streitigkeiten keine Einigung zu Stande kommt, dann können die Parteien innerhalb drei Tagen nach dem Kommissionsbeschlusse das Einigungsamt anrufen. Den Vorsitz in der Kommission führt der Leiter der heutigen Verhandlung oder ein anderer Gewerkschaftler. Die Firma hat das Recht, Montage-Arbeiten gegen Kaufschummen zu vergeben, jedoch dürfen Arbeiter deswegen nicht gemahregelt werden, weil sie nicht gegen Kaufschummen arbeiten wollen.

Prinzipale und Gehilfen im Barbiergeberbe wollen bekanntlich in diesem Frühjahr ihre Lage verbessern, die ersteren, indem sie die Preise erhöhen, die letzteren, weil sie die Preis-erhöhung als beste Gelegenheit zur Begründung und Durchsetzung einer Lohnverbesserung ansehen. Daß die Gehilfen dabei auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Herren Prinzipale nicht zu rechnen haben, mag ein Vorkommnis in Charlottenburg beweisen. Dort wurde die Lohnkommission der Gehilfen aus einer öffentlichen Versammlung der „Selbständigen“ hinausgewiesen, nur dem Obmann wollte man die Antwesenheit gütig gestatten. Einen Schneidermeister, der ebenfalls antwesend war, ließen die Barbier „Herren“ unbeschäftigt.

Die Lohnbewegung der in mechanischen Schuhwaren-fabriken beschäftigten Arbeiter ist in ein neues Stadium getreten. Nachdem in einigen Fabriken am Montag die Arbeit niedergelegt war, wurde von seiten der Fabrikanten erklärt, daß sie noch einmal die Forderungen der Arbeiter prüfen und denselben am Mittwochmorgen den endgültigen Bescheid zulommen lassen wollten. Dieses ist denn auch geschehen. Das Ultimatum der Fabrikanten lautet: entweder zu den alten Lohnbedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen oder die vom Fabrikanten-Verein ausgearbeiteten Lohnlisten anzuerkennen. Letzteres ist einfach unmöglich, da diese Lohnlisten durchweg mehr Abzüge aufweisen als Zulagen gewähren. So scheint denn die letzte Möglichkeit, die noch stehenden Differenzen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, geschwunden zu sein. In Betracht kommen die Firmen: E. Kauf, Orantenstr. 189; Rosenbergs, 78; der Stadtbahn 47; Erpel, Kaiserstr. 41; Glaser, Turmstr. 79; Klein u. Panitzsch, Reibstr. 30; Schweiger, Weimstr. 17; Rath, Marienburgstr. 21; Wellst, Schillingstr. 12 und Janberwald, Gollnowstr. 12. In der Arbeitsniederlegung beteiligt sind 190 Personen. In einer Dienstagabend stattgefundenen Versammlung der Ausständigen wurde fast einstimmig der Beschluß gefaßt, die Lohnlisten der Fabrikanten abzulehnen und auf den ausgestellten Forderungen zu bestehen.

In der Brauerei von Hilsheim wurden zwei Wütcher entlassen, weil sie sich weigerten, die Arbeiten weiter in Accord zu übernehmen, und, wie der Werkführer erklärte, weil sie sich als Aufwiegler betätigten. Die Kommission der Wütcher wurde bei der Direktion vorstellig und suchte die Angelegenheit auf gütlichem Wege beizulegen, was aber unmöglich war, da der Werkführer Herr Rüdinger sich unerhört provozierend gegen die Kommission benahm.

Die Wötcher fordern die Abschaffung der Recordarbeit in der Brauerei und Anerkennung des Arbeitsnachweises der Wötcher. Die Kommission der Wötcher, J. A.: L. Mafschus.

Achtung, Metallarbeiter! In der Maschinenfabrik von G. Stein, Blumenstr. 24, sind 65 Arbeiter wegen Verweigerung von Ueberstunden ausgesperrt. Im Betrieb verblieben sind 3 Mann. Zugang ist daher fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbands.

Deutsches Reich.
Aus Posen wird uns geschrieben: Innerhalb des Gewerkschafts der Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) vollzieht sich eine tiefe Spaltung. Dem Rationalitätsstreit zwischen Polen und Deutschen kann der Gewerkschaft nicht standhalten. Obgleich die Mehrzahl der Mitglieder Polen sind, ist die Versammlungssprache die deutsche, die auch trotz des Protestierens der Polen beibehalten wird. Der Streit hierüber ist so stark, daß die Polen aus dem Verein auszuschließen beabsichtigen. Ein Teil will sich den Gewerkschaften anschließen, den andern Teil sucht der Leiter der katholischen (christlichen) Vereine, Pfarrer Stychel, zu sich heranzuziehen. Hiermit in Zusammenhang scheint auch eine Erklärung des Pfarrers Stychel zu stehen, die er letzten in einer Versammlung gegeben hat. Er beabsichtigt nämlich für die christlich organisierten Arbeiter der Provinz Posen eine Kranken- und Sterbefasse zu gründen, wahrscheinlich, um den aus dem Gewerkschaft der Metallarbeiter ausschließenden Arbeitern einen Ersatz für die gleiche Einrichtung bei den Hirsch-Dundern zu bieten.

Eine Metallarbeiterkonferenz für Rheinland und Westfalen, die in Düsseldorf tagte, wird für diesen Bezirk die Anstellung eines befähigten Vertrauensmanns auf dem nächsten Verbandstag beantragen. Neben einer Anzahl Anträge zum Statut, wurde von der Generalkommission der Gewerkschaften gefordert, daß diese mehr als bisher für die Verschmelzung der Branchen-Organisationen mit den Industrieverbänden thätig sein möge. Der Vorstand wird beauftragt, ein Statut für eine Krankenzusatz- und Sterbefasse auszuarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorzulegen.

In der Glasindustrie ist das ganze Unternehmertum mobil gemacht, um den Streik der Riemburger Glasmacher nieder zu drücken. Die große Aktiengesellschaft für Glasindustrie, vormals St. Siemens, in Dresden hat ihren Arbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, Beiträge für die Ausständigen in Riemburg zu sammeln. Der Erfolg solcher Gewaltmittel gegen die Arbeiter ist ein sehr zweifelhafter; die Arbeiter werden es gewiß als eine Ehrensache betrachten, auf andrem Wege ihre Unterstützung den Ausständigen zu übermitteln.

Die Lohnbewegung der Schneider Nürnbergs ist vom Hauptvorstand genehmigt worden. Nach dem bisherigen Verhalten der Unternehmer ist eine friedliche Schlichtung der Angelegenheit kaum zu erwarten und es wird daher gebeten, den Zugang schon jetzt fernzuhalten.

In Würzburg sind die Schneider, nachdem die Unternehmer auf die gestellten Forderungen nicht eingingen, in den Ausstand getreten.

Die Schuhmacher in Erlangen haben eine Reihe ganz minimaler Forderungen aufgestellt, wie 13 M. Mindestlohn, 11-stündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, Stellung der Feuertüren. Nur wenige Geschäfte haben bewilligt, in den übrigen wurde die Kündigung eingereicht.

Ausland.
Hafenarbeiter-Ausstand in Marseille. Am Dienstagabend fand in Marseille eine von etwa 600 Kaufleuten und Industriellen besuchte Versammlung statt, in welcher mehrere Industrielle erklärten, daß sie, falls der Ausstand der Hafenarbeiter fortauern sollte, infolge mangels an Rohmaterialien sich genötigt sehen würden, ihre Fabriken zu schließen. Zwei Zuderrefinerien haben bereits die Arbeit eingestellt, da sie ihre Erzeugnisse nicht verladen können.

Aus der Frauenbewegung.

Den Arbeiterinnenschuh, so schreibt man uns aus den Kreisen der organisierten Frauen, beleuchtet in den „Socialistischen Monatsheften“ Dr. Jabel in einem eben so klar durchdachten, als an neuen Gesichtspunkten reichen Aufsatz. Für die Frauen insbesondere enthalten seine Ausführungen des Interesses so viel, daß man den Wunsch nicht unterdrücken kann, er möchte das Thema, zu dem sie im vollen Sinne des Wortes die Rächten sind, vor den Arbeiterinnen selbst in größerer Ausführlichkeit besprechen. An den von der Redaktion eingehendsten Gesammtüberblick über Arbeiterinnenschuh anknüpfend, prüft der Autor zunächst die Frage, was gesundheits-schädliche Betriebe seien und welche verboten werden müssen.

Die Antwort, auf eingehendem Studium statistischer Arbeiten, Berichten von Inspektoren, Enquêtes usw. beruhend, stellt fest, daß jede Arbeit für die Frau schädlich ist, wenn sie zu lange oder unter ungünstigen Verhältnissen betrieben wird. Da auch alle Arbeiten mit einbezogen sind, die als speziell weiblich gelten, wie nähen, plätten, waschen etc., so besitzen wir hier zugleich den unwiderleglichen Beweis für die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit, welche den zehnstündigen Arbeitstag weit hinter sich läßt und den von den Arbeiterinnen in ihrer Resolution geforderten achtsündigen Arbeitstag als Regel festsetzt. Manche Arbeit, deren direkt schädigende Wirkung durch die hohen Prozentlage an Totgeburten und Aborten erwiesen ist, wie in der Textildindustrie, würden eine noch kürzere Arbeitszeit bedingen, um die Durchdringung des Körpers mit dem gewerblichen Gift — hier das Nitroin — zu vermeiden. Wie viel durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen erreicht werden kann, beweist die Spiegelindustrie in Püsch, wo die fürchterliche chronische Quecksilbervergiftung, früher die Geißel der darin Beschäftigten, jetzt nicht mehr vorkommt. Daß auch die weibliche Kleidung durch ihre unpraktische Beschaffenheit die schädlichen Einwirkungen fördert und verschlimmert, darf in einem Bericht für Frauen nicht unerwähnt bleiben.

Aus der überreichen Fülle des Interessanten in der weiteren Besprechung der Schutzforderungen heben wir nur noch hervor, wie Dr. Jabel über die Maßregeln für Schwangere und Wöchnerinnen denkt. Für ihn ist der Schutz der Mutter nur ein Teil des Säuglingschutzes. Er bleibt nicht bei der Grenze stehen, welche man für die Wiederaufnahme der Arbeit gesetzt, weil die Wöchnerin genesen und genügend gekräftigt ist. Er fragt: Was wird aus dem Kinde?

Nach 6 Wochen der Mutter beraubt, in fremde Hände gegeben, die nur zu häufig ganz unfähig sind, das zarte junge Leben zu behüten. Dann blüht er nach rückwärts und fragt: Wie kann eine Frau, welche bis bestenfalls vier Wochen vor der Entbindung am Weisfuß oder am Weisfuß steht, die Nähmaschine teilt oder Cigarren raucht — wie kann sie einem gesunden und kräftigen Kinde das Leben schenken? Und er kommt zu dem Schluß, daß die Frau mindestens das letzte Drittel der Schwangerschaft in verhältnismäßiger Ruhe, von mäßiger und langdauernder Arbeit befreit, zubringen muß. Nach der Entbindung soll sie mindestens 1 1/2 Jahr im Hause sein, das Kind zu nähren und zu pflegen, entweder im eigenen Heim oder in eigens dazu errichteten Pflegeanstalten, welche Mutter und Kind beherbergen. Es ist selbstverständlich, daß zwischen Ehefrau und unverheirateter Mutter kein Unterschied besteht, was Rechte und Pflichten des Mutter- und Kindeschutzes betrifft.

Die Unerfüllbarkeit dieser Forderungen in der Gegenwart ist kein Grund, sie nicht eingehend zu prüfen, zu billigen und dann auch zu verfechten, wenigstens anfangs solche Bestrebungen leicht als Zukunftsphantasie verächtlich zu werden pflegen. Es ist dieser Mann eine gute Vorbildung, denn die spottend Zukunftsphantasie genannten Werke Wagner's sind noch bei Lebzeiten des Meisters die lebendigste und gefeiertste Gegenwartsmittel geworden. Auf sozialem Gebiet finden sich immer häufiger Rückständigkeit und rascher Fortschritt in seltsamer Weise dicht benachbart; es kommt oft nur darauf an, mutig voranzugehen mit Wort und Beispiel. Gar manche gut durchführbare Verbesserungen scheitern an dem

Kleinmut und der Kurzsichtigkeit, welche sich so gern als weise Vorsicht darstellen. Was sich als erstrebenswerte Reform empfiehlt, das pflanze man jenen, die es am nächsten angeht, als Wunsch, als Sehnsucht ins Herz; es wird wachsen und gedeihen. Und wenn die Zeit gekommen ist, die Forderung zu stellen, dann wird die Gelegenheit nicht verkannt werden.

Jabel sieht in der Zukunft den Arbeiterinnenschuh als solchen verschwinden, sobald die allgemeinen Arbeitergesetze genügend Vorseorge für beide Geschlechter enthalten. Dann erst wird aber das wahre Schutzbedürfnis der Frau befriedigt werden, in der eingehendsten Fürsorge der Gesellschaft für Mutter und Kind.

Lebhaftes Debattieren mit einem Pastor gab es in einer Versammlung, die unsere Parteigenossen des letzten Wahlkreises am Dienstag nach dem Vorstufwahl in der Akerstraße einberufen hatten. Der Besuch war so stark, daß der mehr als 1000 Personen fassende Saal wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt wurde. Der Vortragende, Genosse Ledebour, knüpfte an das Bibelwort **„Weib, was habe ich mit Dir zu schaffen“** an. Er erklärte diesen Ausdruck, den nach biblischer Erzählung Jesus zu seiner Mutter geäußert hat, und der nach untrüger Auffassung des Verhältnisses vom Sohne zur Mutter ungeeignet sein würde, aus dem Geiste jener Zeit, aus der untergeordneten Stellung, die das Weib sowohl bei den Juden wie bei andern Völkern des Altertums hatte. Nach dieser Einleitung führte Genosse Ledebour aus, daß der Ausdruck: **„Weib, was habe ich mit Dir zu schaffen“**, auch für die christliche Welt gewissermaßen symbolisch geworden sei, denn sowohl im Mittelalter wie auch in der Gegenwart sei die rechtliche Stellung des weiblichen Geschlechts dieselbe geblieben: Im öffentlichen Leben sind die Frauen völlig rechtlos, obwohl sie infolge der industriellen Entwicklung jetzt zu wirtschaftlicher Selbständigkeit gelangt sind. In seinen weiteren, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schilderte der Redner die Ausbeutung der Frauen durch die Industrie, besonders die das Familienleben zerstörende und die Gesundheit untergrabende Heimarbeit. Staat, Kirche und Kapitalisten — so schloß der Redner — wollen die Rechtlosigkeit der Frau, sie sagen noch heute: **„Weib, was habe ich mit dir zu schaffen!“** Die Socialdemokratie dagegen will die volle Gleichberechtigung der Frauen, sie sagt: **„Weib, mit dir habe ich alles zu schaffen, mit dir gemeinsam will ich die Welt erobern, um das Glück der Menschheit zu begründen.“** — Nach dem Vortrag nahm Pfarrer Köhler das Wort. Er erging sich in langen theologischen Ausführungen über die Bedeutung des vom Genossen Ledebour nur so nebenbei als Einleitung gebrauchten mehrfach erwähnten Bibelwortes. Den hauptsächlichsten Inhalt des Vortrags, nämlich die Stellung der Frauen in der heutigen Gesellschaft und die von den Klassenbewußten Arbeitern erhobene Forderung der Gleichberechtigung beider Geschlechter, suchte der Herr Pastor vorsichtig zu umgehen, jedoch war aus seiner Rede deutlich zu erkennen, daß er, wie man es von einem wohlbestallten Diener der Kirche kaum anders erwarten kann, in der Rechtlosigkeit der Frauen einen idealen Zustand sieht, den man nicht beseitigen dürfe. Der Minnedienst, den die Mütter im Mittelalter den Frauen geleistet haben, war nach Ansicht des geistlichen Redners ein reicher Ersatz dafür, daß das weibliche Geschlecht im öffentlichen Leben nichts zu sagen hatte. Und mit Bezug auf die heutigen Verhältnisse rief der Pastor salbungsvoll aus: **„Ich habe nichts dagegen, wenn die Frauen sich auch um politische Dinge kümmern, aber lassen Sie doch uns Männer für die bedrängte Unschuld eintreten und lassen Sie den Frauen den stillen häuslichen Frieden, lassen Sie ihnen das hohe Glück, welches nur die Frau empfinden kann, wenn sie in das Auge ihres Kindes schaut.“** Das Gelächter, welches sich bei diesem pathetischen Erguß erhob, deutete der Herr Pastor als eine von den männlichen Zuhörern ausgehende Verhöhnung des „stillen häuslichen Friedens“, den die Männer nicht zu schätzen wüßten. — Genosse Ledebour konnte demgegenüber unter allseitiger Zustimmung und stürmischem Beifall feststellen, daß das Leben gerade von den anwesenden Frauen ausging, und daß es nur der Unkenntnis des Herrn Pastors gelte, der nicht zu wissen scheine, daß die kapitalistische Ausbeutung den proletarischen Frauen ja gar nicht die Zeit lasse, um in stiller Stunde in das Auge des Kindes zu blicken, und daß man die Keuschung des Herrn Pastors für Föhn halten könnte, wenn man nicht zu seinen Gunsten annehme, daß es Unwissenheit sei, die ihm diese Worte eingab. Die Kirche, welche die leidenden Menschen auf das Jenseits verweist, könne die Frau nicht aus den drückenden Verhältnissen, unter denen sie in der heutigen Gesellschaft leidet, befreien, diese Aufgabe könne nur die Socialdemokratie erfüllen. — Recht treffend erwiderte auch Fräulein Koschnitzki auf die Ausführungen des Geistlichen. Auch ich — sagte sie — habe einst geglaubt, der Frau lasse das schöne Los zu, in der Häuslichkeit zu wirken. Aber die Verhältnisse haben mich eines andern belehrt. Der Herr Pastor möge uns doch die proletarischen Frauen zeigen, denen es möglich ist, im stillen Frieden in das Auge ihres Kindes zu schauen. Weil wir aber auf dieses stille Glück verzichten müssen, weil wir arbeiten und immer nur arbeiten müssen, weil es kein Familienleben für uns gibt, darum wollen wir auch unsere Rechte haben. Wir wollen mitreden und mitentscheiden, namentlich da, wo unsere eigenen Interessen auf dem Spiele stehen. Auf die Ehre, von Mimesängern besungen zu werden, verzichten wir gern. (Lebhafter Beifall.) Nach mehreren Rednern wandten sich unter dem Beifall der Versammlung gegen den Pastor, der noch einmal das Wort nahm und eine gerade Beurteilung der Kirche forderte, worauf Genosse Ledebour erwiderte, daß wir an dem guten Herzen Einzelner und jenen Kreisen nicht zweifeln, daß die Kirche sich als Organisation aber stets auf die Seite der Herrschenden gestellt habe und daß es auch unter den evangelischen Pastoren, die sich einst für sociale Reformen erwärmten, still geworden sei, nachdem das Wort heißt: **„Christlich-social ist Unstimm.“** Also nicht von jener Seite, sondern nur von dem für seine Befreiung kämpfenden Proletariat haben die Frauen die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung zu erwarten.

Sociales.

Schmashinen in Deutschland. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat eine Umfrage über den Betrieb und die Beschäftigung an Segmaschinen veranstaltet, deren Resultat im „Korrespondent“ veröffentlicht wird. Danach sind zur Zeit bei 185 Firmen in 111 Orten 339 Segmaschinen im Betrieb, wovon 211 System Linotype, 169 System Typograph und 9 System Thorne. Es werden davon 278 zur zum Zeitungsdruk, 73 zur zum Werkdruk und die übrigen zu beiden Zwecken verwendet. Maschinenjeder wurden 543 gezählt, darunter 18 Verneide. Handseher wurden bisher nur 367 entlassen. Die Durchschnittsleistung eines Maschinensehers schwankt zwischen 3500 und 4000 Buchstaben an der Linotype und zwischen 8000 und 7000 Buchstaben am Typograph.

Der Segmaschinentarif ist erst von 38 Firmen anerkannt.

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit in Württemberg, der schon im Dezember zu verzeichnen war (s. oben) hat die Geschäftsstatistik angenommen, geben die Monatsberichte der Arbeitsämter einige Anhaltspunkte. Bei den 16 Arbeitsämtern des Landes lagen im Dezember 1580 Stellenangebote von Arbeitgebern für männliche Personen vor, denen 6152 Stellensuche von Arbeitnehmern gegenüberstanden; für weibliche Personen betragen die Ziffern 1081 und 643. Vermittelt wurden 993 beziehungsweise 978 für männliche Personen, das sind 61,7 Proz. der Angebote und 18,9 Proz. der Gesuche, und 888 für weibliche Personen, gleich 37,6 Proz. der Angebote und 60,3 Proz. der Gesuche. Es blieben also 4179 männliche Arbeiter, die Arbeit suchten, beziehungslos.

Betriebseinschränkungen in der Textilindustrie. Der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller beschloß in einer von 35 Firmen mit 29 000 Webstühlen besetzten Versammlung eine weitere Betriebs-einschränkung etwa 13 Proz. = 3800 Webstühle. Nunmehr soll die Einschränkung bis auf 25 Proz. ausgedehnt und die übrigen Webereien Süddeutschlands sowie die Webereiverbindungen von ganz Deutschland zum Anschluß aufgefordert werden.

Gerihts-Beilage.

Eine verhängnisvolle Lüge. Der Fabrikant Richard Kr. hatte eine Vorladung als Zeuge in einer Privat-Verleumdungssache erhalten. Im Orange der Geschäfte vergaß er den Termin. Nach Beendigung desselben kam ein Freund des Kr., der ebenfalls Zeuge gewesen war, zu ihm und teilte ihm mit, daß er wegen unentschuldigtem Ausbleiben in eine Geldstrafe von 30 Mark genommen sei. Dem Herrn Kr. war dies unangenehm, er warf sich in eine Drohrede und fuhr schlemmigt nach Noabit heraus. Er traf den Amtsrichter, der ihn in Strafe genommen hatte, noch im Sitzungssaale anwesend, bat ihn, von einer Nachregelung Abstand nehmen und den bereits gefassten Beschluß wieder aufheben zu wollen. Der Richter fragte ihn, welchen triftigen Grund er für sein Ausbleiben anzugeben habe. Kr. erwiderte, daß in seinem Fabrikbetriebe ein Wasserrohr geplatzt sei. Der Richter erklärte darauf, daß Kr. eine eidstattliche Versicherung des betreffenden Inhalts unterschreiben müsse. In dieser Zwangslage sah Kr. sich veranlaßt zu erklären, daß er die Unwahrheit gesagt habe, ein Wasserrohr sei nicht geplatzt, er habe den Termin vergessen. Der § 133 des Strafgesetzbuchs lautet: **„Wer als Zeuge geladen, für sein Ausbleiben unwahre Thatsachen vorbringt, wird mit einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Monaten bestraft.“** Gegen Kr. wurde dieserhalb Anklage erhoben. Im gestrigen Termin vor dem Schöffengericht gestand der Angeklagte den Thatsachen unumwunden ein. Der Staatsanwalt beantragte die zulässig niedrigste Strafe — einen Tag Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Paul Meyer, wies darauf hin, daß der in Frage kommende Paragraph der härteste im ganzen Straf-Gesetzbuch sei. (7) Während bei Verzug, Unterschlagung und vielen andern Vergehen eine Geldstrafe zulässig sei, könne hier nur auf Gefängnis erkannt werden. Im vorliegenden Falle habe die unwahre Angabe des Angeklagten nicht dazu dienen sollen, ihn wegen des Ausbleibens zu entschuldigen, sondern die bereits erkannte Strafe rückgängig zu machen, es sei daher fraglich, ob der angelegene Paragraph zur Anwendung kommen müsse.

Der Gerichtshof konnte sich dieser Auslegung nicht anschließen, sondern erkannte nach dem Antrag des Staatsanwalts. Dem Angeklagten bleibt nur die Hoffnung, das Urteil im Wege der Gnade abgeändert zu sehen.

Das Gella- und Hydrasystem. Durch Urteil des Reichsgerichts ist jetzt die Strafbarkeit des gewerbsmäßigen Betriebes von Gutsfeuern nach dem sogenannten Hydra- (Gella-, Schneeball-, Lawinen-) System aus § 298 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs und §§ 22 ff. des Reichsstrafverleumdungsgesetzes festgestellt worden.

Auch ein Sicherheitsbeamter. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Dornum hatte sich der Fuchshüter Karl Christian Lehnhoff aus Eving wegen schwerer Mißhandlung und Bedrohung des Bergmanns Ringe zu verantworten. Der Bergmann Ringe, ein schwächlicher junger Mensch, kam am Abend des 28. August d. J. von der Gasse „Minister Stein“ um in der Finsternis nicht angefallen zu werden, nahm er seinen Weg durch ein Ackerfeld. Lehnhoff eilte nun hinter ihm her, schrie ihn an, ob er festhalten wolle und rief ihn hinterwärts zu Boden. Gleichzeitig schlug er mit seinem Fuchsfänger auf Ringe ein. Der Mißhandelte bat, ihn zu schonen, da er ja nichts verbrochen habe. Lehnhoff aber schlug weiter mit der Waffe auf ihn ein und verletzte ihn derart am Kopf, daß er blutüberströmt das Bewußtsein verlor. Der Beamte versuchte noch, ihn emporzureißen und in Arrest abzuführen; es gelang ihm aber nicht. Ringe kam bald wieder zur Besinnung und bat, ihn zum Arzt zu führen. Da zog Lehnhoff seinen Revolver, setzte die Waffe dem Ringe an die Stirn und schrie: **„Mensch, wenn Sie jetzt nicht mitgehen, schieße ich Sie über den Haufen!“** Zufällig hörte der in der Nähe wohnende Hermann Schmidt das Jammergeschrei des Mißhandelten, eilte hinzu und fand Ringe blutüberströmt am Boden. Jetzt wurde dieser von Lehnhoff aufgefordert, bei der Fesselung des Ringe behilflich zu sein. Schmidt lehnte dies ab, worauf Lehnhoff allein den Ringe fesselte und in das Arrestlokal abführte. Hier hat der Schwerverletzte in dumpfem Raume zwei Nächte und einen Tag ohne ärztliche Hilfe zubringen müssen. Erst nach seiner Vernehmung auf dem Amt Kirchberne wurde Ringe freigelassen. Lehnhoff, der in so bestialisch roher Weise seines Amtes gewaltet hatte, wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

China.

Die Verbündeten sind arg verknüpft über die russische Politik, die den größten Vorteil aus dem ganzen China-Abenteuer ziehen dürfte. Die englische Presse verlangt kategorisch, daß China keine Sonderabmachungen mit irgend einem Lande treffen dürfe. Japan hat sich den Mächten nun auch angeschlossen, aus London wird darüber gemeldet: **„Wie das „Reuterische Bureau“ erfährt, hat sich Japan den andern Mächten, außer Rußland und Frankreich, angeschlossen, welche China vor der Unzweckmäßigkeit besonderer Abmachungen mit einzelnen Staaten warnten; hierüber hinaus hat jedoch Japan keine Schritte gethan. Es ist aber von Japan darauf hingewiesen worden, daß, falls China nach dieser Warnung auf einer derartigen Politik bestehen würde, es sich darauf gefaßt machen müßte, daß die übrigen Mächte Vorteile gleichwertiger Natur für sich verlangen werden.“**

Keine Vogerjagden mehr?

Dem Grafen Waldersee wurde ein Antrag Li-Hung-Tschang's zur Kenntnis gebracht, wonach von weiteren Expeditionen der Verbündeten Abstand genommen und die Unterdrückung des Räuberwesens den chinesischen Truppen übertragen werden soll. Graf Waldersee antwortete entgegenkommend unter ausdrücklicher Warnung seiner vollen Handlungsfreiheit. Die Einstellung der Expeditionen wurde in Aussicht gestellt unter dem Vorbehalt, daß nicht alte chinesische Truppen selbst oder von Bogern oder Räubern neue Abwehrmaßregeln erforderlich machen. Regulare chinesische Truppen bleiben, außerhalb des von den Verbündeten gehaltenen Gebietes, unbedeutend. Ihre Stärke und Stellungen sind aber dem Generalfeldmarschall richtig mitzuteilen. Die Demarkationslinie gegen die Stellungen der Verbündeten darf von den chinesischen Truppen unter keinen Umständen, auch nicht mit Patronen, überschritten werden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Das neue spanische Ministerium. Im neuen Ministerium übernimmt Herzog von Almodovar das Aeußere, Moret das Innere, General Benier Krieg, Herzog von Veragua Marine, Sagasta den Vorkurs, Urzajil die Finanzen, Villanueva die öffentlichen Arbeiten, Romanones den Unterricht und Marquis Teverga das Justizportefeuille.

Bremen, 6. März. (W. T. U.) Während der Fahrt vom Rathslager zum Bahnhof wurde auf dem kaiserlichen Wagen von einem sofort verhafteten angeblichen Arbeiter ein Eisenstück geschleudert, von welchem der Kaiser an der Wange leicht verwundet sein soll. Der Kaiser setzte die Fahrt ohne Unterbrechung fort und fuhr dann mit dem Sonderzug nach Berlin weiter. Der Verhaftete ist ein am 22. April 1881 in Bremen gedorener Arbeiter, welcher, wie Bösmann's Tel. Bureau meldet, schon über ein Jahr in einer epileptischen Anstalt gewesen ist.

Mies (Böhmen), 6. März. (W. T. U.) In der letzten Nacht haben junge Burschen bei einem hiesigen Kaufmann Sprengstoffe und verbargen sie in einem verlassenen Bergstollen. Als die benachrichtigte Gendarmerie den Stollen betrat, erfolgte aus bisher unbekannter Ursache eine Explosion, durch welche ein Wachtmeister und zwei von den Dieben getötet wurden.

Reichstag.

62. Sitzung vom Dienstag, den 6. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Podbielski, Freiherr v. Richtigofen.

Zunächst wird die Novelle zum Gesetz über das Posttagwesen (Einführung der verschließbaren Letter boxes) in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt und auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Beim Kapitel „Verpflegung“ bringt

Abg. Dr. Hertel-Sachsen (L.)

die plötzliche Vernehmung des deutschen Konsuls in Warschau v. Humboldt nach Alexandrien zur Sprache. Man hat diese Vernehmung in Zusammenhang gebracht mit einem Briefe, den Herr v. Humboldt auf ein Ersuchen einer Auskunftsbeziehung über Bezugsquellen für landwirtschaftliche Artikel geschrieben hat. Dieser Brief lautet: „Auf die Eingabe erwidere ich Ihnen, daß ich nicht in der Lage bin, Ihnen die gewünschte Auskunft zu geben, da es nicht die Sache des kaiserlichen Konsuls ist, die russische Ausfuhr von Produkten zu fördern, welche auch in Deutschland erzeugt werden.“ Es ist zunächst die Form dieses Schreibens gerügt worden, ich meine aber, es ist nicht mehr und nicht weniger höflich als andre derartige Schreiben. Im übrigen halte ich die Antwort des Freiherrn v. Humboldt für vollkommen gerechtfertigt. Man mag über die Verpflichtung der Konsuln, gewissermaßen als Handelsagenturen zu dienen, denken wie man will, jedenfalls können sie nur verpflichtet sein, Auskunft zu geben, wenn durch diese Auskunft die heimische Arbeit gefördert wird, nicht aber, wenn sie geschädigt wird.

Staatssekretär Herr v. Richtigofen:

Eine allgemeine Verpflichtung, über die Gründe der Vernehmung von Beamten Auskunft zu erteilen, kann ich nicht anerkennen. Im vorliegenden Falle siehe ich jedoch nicht an, zu erklären, daß der erwähnte Vorfall mit der Vernehmung des Herrn von Humboldt in keinem Zusammenhang steht. Die Vernehmung dieses Beamten ist durchaus mit dem Willen desselben erfolgt. Was meine Stellung in der Frage selbst anlangt, so beziehe ich mich auf meine Ausführungen in der Budgetkommission.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich bin nicht der Meinung, daß es Sache der deutschen Konsuln ist, einseitig agrarische Interessen zu vertreten. (Lachen rechts.) Nach meiner Ansicht hätte der Konsul auch die Auskunft erteilen müssen, wenn es sich um Produkte handelte, die in Deutschland in ausreichendem Maße hergestellt werden. Das war aber hier nicht einmal der Fall, es handelt sich um Produkte, deren Einfuhr eine ziemlich bedeutende ist. In der Budgetkommission ist übrigens nicht von einer Seite das Verfahren des Konsuls in Warschau gebilligt worden. Auch Herr v. Richtigofen hat sich in der Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß die Auskunft hätte anders lauten müssen, wenn auch nur nach der formellen Seite hin.

Abg. Dr. Hertel (L.):

Um agrarische Interessen handelt es sich hier überhaupt nicht, ich würde meinen Standpunkt auch beibehalten, wenn es sich um industrielle Erzeugnisse handelte. Letztgenanntes ist ein Trugschluss, wenn man aus dem Vorhandensein einer Einfuhr auf die Notwendigkeit dieser Einfuhr schließt. Den Herrn Staatssekretär möchte ich bitten, seine Erklärung aus der Budgetkommission zu wiederholen, da dieselbe zum Teil dahin mißverstanden ist, als habe er das Verhalten des Konsuls auch sachlich gemißbilligt.

Staatssekretär Freiherr v. Richtigofen:

Ich habe in der Kommission erklärt, daß es eine Gepflogenheit sei, daß der betreffende Konsul in denjenigen Fällen, in welchen besonders wichtige Interessen gegen eine Auskunftsbeziehung bestehen, die Sache dem Auswärtigen Amt vorlegt, und dieses entscheidet, ob die Auskunft zu erteilen ist oder nicht. In dem erwähnten Fall ist das nicht geschehen. Es ist aber dem bisherigen Konsul in Warschau ein Vorwurf daraus nicht zu machen, da diese Gepflogenheit nicht in irgend einer Verfügung, die ihm zugegangen ist, Ausdruck gefunden hat. Ich halte es aber für wünschenswert, daß solche Fälle lediglich dem Ermessen der Zentralinstanz unterliegen. Ich habe nur gesagt, die Antwort würde anders ausgefallen sein, wenn sie vom Auswärtigen Amt ergangen wäre, und ich gebe zu, daß ich damit vor allem die Form gemeint habe. Sie hätte wohl etwas höflicher sein können. Was die Frage selbst anlangt, so kann ich nicht anerkennen, daß, wie Herr Müller-Sagan meinte, die Konsuln unbedingt die Pflicht hätten, allerdings eine derartige Auskunft zu erteilen. Es muß das Interesse der Gesamtheit maßgebend sein, oder dieses drückt sich nach verschiedenen Richtungen aus. Ist z. B. ein Schutzzoll auf einen Artikel gelegt, so ist doch damit bezweckt, die Einfuhr dieses Artikels nicht zu erleichtern, und wenn dann auf der andern Seite vom dem Konsul verlangt wird, daß er diese Einfuhr durch seine Auskunftsbeziehung erleichtert, so würde darin eine Inkongruenz der Aktion der verschiedenen Teile der Regierung liegen.

Abg. Broemel (fr. Sp.):

In der allgemeinen Dienstweisung für die Konsuln ist nichts enthalten, was das Verhalten des deutschen Konsuls in Warschau rechtfertigen könnte. Im „Reichsanzeiger“ wird die deutsche Geschäftswelt jährlich aufgefordert, derartige Auskunftsbeziehung direkt von den Konsulaten im Auslande und nicht vom Auswärtigen Amt einzuziehen. Es liegt noch ein zweiter Fall einer solchen Ablehnung durch den Warschauer Konsul vor. Eine Stettiner Firma wandte sich wegen des Bezugs russischer Wutter an diesen Herrn. Er lehnte eine Antwort ab und fügte hinzu, daß es nicht Sache deutscher Konsuln sei, den Bezug russischer Produkte, die im Inland in so reichlicher Menge wie Wutter hergestellt werden, zu erleichtern. Wie kann ein Beamter, der aus Reichsmitteln bezahlt wird, es für geboten halten, den Handel zu brandmarken, der Waren nach Deutschland einführt? Das ist eine sehr falsche und klägliche Auffassung, gegen die wir entschieden Verwahrung einlegen. (Bravo links.) Der Konsul ist durch seine amtliche Stellung berufen, die Handelsbeziehungen zu studieren.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Der Konsul hat durchaus korrekt gehandelt. Er hat nach der Dienstweisung die Befugnis, unter Umständen die Auskunft zu verweigern. Der Konsul soll nicht die Geschäfte des Auslands, sondern deutsche Geschäfte fördern. Das sind hier Geschäfte des Auslands. (Widerspruch links.) Herr v. Humboldt ist ausgewachsen in den Anschauungen der großen Zeit des Fürsten Bismarck, ich hoffe, daß alle unsere Konsuln im Ausland so denken wie er. (Bravo rechts.)

Abg. Baasche (nall.):

In der Budgetkommission war man einmütig der Ansicht, daß die Haltung des Warschauer Konsulats der Form und Sache nach nicht gerechtfertigt sei. (Sehr richtig! links.) Auch Herr v. Richtigofen hat den Ton, den Herr v. Humboldt angeschlagen hat, als nicht richtig bezeichnet. Ich verweise mich gegen die Ansicht, daß unsere Konsuln im Auslande grundsätzlich nur Agenten für die deutsche Ausfuhr wären, wie Herr Dr. Hertel meinte. Eine Fülle von Futterstoffen wird im Auslande produziert, die die Landwirte des Ostens nicht entbehren möchten. Herr v. Humboldt hätte erklären können, ich selber kann eine Auskunft schlecht geben, wenden Sie sich an die und die Firmen... Seine Kritik unfres Handels aber weise ich entschieden zurück. (Bravo links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Ich habe nicht verlangt, daß der Konsul unter allen Umständen die Auskunft erteilt, sondern nur, daß er sich objektiv verhält und sich nicht die Kritik darüber anmaßt, ob für einen bestimmten Artikel die Einfuhr nötig ist oder nicht.

Staatssekretär v. Richtigofen:

Die Konsuln haben das Interesse der Gesamtheit zu vertreten, dieses kann natürlich manchmal auch darin liegen, daß sie eine Auskunft nicht erteilen.

Abg. v. Waldow und Reichenstein (L.):

Herr v. Humboldt hat das Interesse weitester Kreise vertreten. Warum haben sich die Herren übrigens nicht an den Handelsfachverständigen in Petersburg gewandt?

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Ich wollte nur konstatieren, daß die Stettiner Firma sich gleichzeitig auch an andre deutsche Konsulate gewandt hat, und daß diese ihr im Gegenfatz zu Herrn v. Humboldt in liebenswürdiger Weise Auskunft erteilt haben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Rest des Ordinariums sowie das Extra-Ordinarium werden bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für Kiautschou.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Im allgemeinen ist ein Fortschritt in der Kolonie Kiautschou nicht zu verkennen. Selbst in den sanitären Verhältnissen ist eine erfreuliche Verbesserung zu konstatieren. Der Bericht spricht sich allerdings sehr vorsichtig dahin aus, daß vorläufig die tropische Malaria dort nicht hat festgestellt werden können. Ein abschließendes Urteil über die klimatischen Verhältnisse in Kiautschou ist also auch nach der Meinung des Reichs-Marineamts heute noch nicht möglich. Meine politischen Freunde werden jedenfalls wie im Vorjahre für den Etat stimmen, da wir diese Kolonie für eine günstige Erwerbung halten.

Das Ordinarium wird ohne weitere Debatte angenommen. Im Extra-Ordinarium werden im Tit. 7 zur Beschaffung eines Schwimmbods 300 000 M. verlangt, die Kommission beantragt, diese Summe als erste Rate einzulegen.

Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Der Etat über den allgemeinen Pensionsfonds wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Es folgt der Etat für den Reichs-Invalidentfonds.

Im Kapitel 88, Zuschüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen aller Art; Pensionszuschüsse und Unterhaltungen werden im Titel 4 4 080 000 M. verlangt zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzuge von 1870/71 und aus den von deutschen Soldaten vor 1870 geführten Kriegen. Bei der Verteilung soll die Zahl derjenigen Kriegsteilnehmer zu Grunde gelegt werden, die bis Ende 1898 als berechtigt zum Bezuge von Unterhaltungen anerkannt waren.

Die Kommission beantragt, die ausgeworfene Summe auf 5 200 000 M. zu erhöhen und der Verteilung die Zahl derjenigen Kriegsteilnehmer zu Grunde zu legen, die bis zum 1. April 1901 als unterstützungsberechtigt anerkannt waren.

Abg. Nihler (L.) beantragt dazu, folgendem Gesetze betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 22. Mai 1895 betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben:

Artikel I.

Artikel I Abs. 3 des Gesetzes vom 22. Mai 1895 betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds wird aufgehoben und durch folgenden Absatz ersetzt:

a) Bezugs Gewährung von Beihilfen an solche Personen des Unteroffiziers- und Mannschaftsstands des Heers und der Marine, welche an dem Feldzuge 1870/71 oder an den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen ehrenvollen Anteil genommen haben und deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder andern Uebereben dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist (vergl. Invalidenversicherungsgesetz vom 18. Juli 1899 § 5 Abs. III), soweit sie unterstützungsbedürftig sind und auf diese Unterstützung Anspruch erheben.

Artikel II.

Artikel I tritt mit dem 1. April 1901 in Kraft.

b) den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dafür sorgen zu wollen, daß die durch den Gesetzesentwurf unter a) erforderlichen Mittel eventuell durch einen Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für 1901 bereit gestellt werden.

Die Budgetkommission beantragt diesen Antrag abzulehnen und folgende Resolution anzunehmen:

a) den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die Auszahlung der den Kriegsveteranen nach Maßgabe des Gesetzes vom 22. Mai 1895 gebührenden Beihilfen womöglich vom Tage der Anerkennung ihrer Verwundung erfolge;

b) den Antrag Nihler dem Herrn Reichsanwalt zur Anstellung weiterer Erhebungen in der Sache zu überweisen.

Abg. Nihler (L.):

Der Beschluß der Kommission hat die Hoffnungen der Kriegsinvaliden wieder zerstört. Ich werde jedenfalls bei nächster Gelegenheit wieder anfragen, was aus den Erhebungen seitens des Herrn Reichsanwalt geworden ist.

Abg. Graf v. Roon (L.):

In der Kommission hat sich zu unfrem großen Leidwesen ergeben, daß der finanzielle Effekt des Antrags Nihler vorläufig nicht zu übersehen ist. Nur aus diesem Grunde haben wir ihn vorläufig abzulehnen müssen.

Abg. Werner (Antisemit)

befürwortet den Antrag Nihler.

Abg. Speck (L.)

schließt sich den Ausführungen des Abg. Graf Roon an.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Es ist bedauerlich, daß der Herr Schatzsekretär es nicht für nötig findet, ein fremdliches Wort zu der Resolution der Kommission zu sagen.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung werden die Beschlüsse der Kommission einstimmig angenommen. Der Antrag Nihler wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger und Konservativer abgelehnt.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Marine-Etat, zweite Lesung.)

Schluß 5¼ Uhr.

Kommunales.

Die Praktiken der Berliner Tischler-Innung vor der Gewerbe-Deputation.

Einen für alle Zwangsinnungen wichtigen Beschluß sah am Mittwochabend die ständige städtische Gewerbe-Deputation. Die Berliner Tischler-Innung hatte vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, zwangsweise für alle Mitglieder sogenannte Kontrollbücher (Werksstätten-Arbeitsordnungen) einzuführen, nachdem wegen der allgemeinen Einführung dieser Bücher ein Vergleich zwischen den Tischlern und Berufsgenossen einerseits

und den beteiligten Arbeitgebern andererseits vor dem Berliner Einigungsamt zu Stande gekommen war, wonach diese Kontrollbücher nicht als schwarze Listen benutzt werden dürfen. Die Innung hat es dann den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, bei der Entlassung von Arbeitern dem Vorstande über die Gründe der Entlassung Auskunft zu geben. Der Innungs-Gesellenauschuß hat vergeblich gegen den Beschluß Beschwerde erhoben, weshalb die beteiligten Arbeiter sich beschwerdefähig an die Gewerbe-Deputation wandten. Diese hat nach eingehender Beratung und Erörterung beschlossen, die Tischler-Innung zur Aufhebung des erwähnten Beschlusses aufzufordern, weil er mit dem bestehenden Gesetz unvereinbar ist. Die übrigen Zwangsordnungen, die dem Beispiel der Tischlerinnung folgen wollten, werden nun hoffentlich von einem ähnlichen ungeschicklichen Beschluß Abstand nehmen. Ferner wurde beschlossen, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu ersuchen, wegen der Befamtmachung des Oberpräsidenten über die Aufbringung der Kosten der Handwerkerkammer zu Berlin einen Modus festzusetzen, nach dem diese Kosten von den Beteiligten im Wege des Umlageverfahrens eingezogen werden können.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Arbeiterschaft zur Nachricht, daß das Lokal von F. Hollborn (früher Witwe Lehmann) in Boltersdorfer Schenke unter den bekannten Bedingungen der Arbeiterschaft zur Verfügung steht. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Heute Abend Versammlung des P. L. Vereins in den „Diana-Sälen“ (großer Saal), Köpenickerstraße 68.

Arbeiter-Bildungsschule. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Seitenflügel 2. Et. Der Unterricht in Nationalökonomie findet heute wieder in gewohnter Weise statt. Die ausgefallenen Stunden werden später nachgeholt.

Lokales.

Die Erbauungsschriften in den städtischen Krankenpflege-Anstalten.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung war die Etatsüberschreitung, die im Etatsjahr 1899 durch Anschaffung von Erbauungs- und Unterhaltungsschriften für städtische Irrenanstalten verursacht worden war, von meinem Genossen Borgmann zur Sprache gebracht worden. Nach dem Bericht des Rechnungsausschusses, der den Jahresabschluss des Etats zu prüfen hatte, ist die Anschaffung auf Wunsch des Pastors erfolgt. Hierauf erwidert jetzt Pastor Berckshagen, Geistlicher an der Anstalt Wuhlgarten, in einer an die „Voss. Ztg.“ gerichteten Zuschrift, die in der Stadtverordneten-Sitzung gefallenen Äußerungen und die darüber von den Zeitungen gebrachten Berichte könnten den Anschein erwecken, als ob in der Anstalt Wuhlgarten, um die es sich offenbar handele, auf seine Veranlassung die Pflege mit kostspieliger Erbauungsliteratur geradezu überschüttet würden. Er habe nach vielfacher Erfahrung an Krankenbetten lediglich der Direktion vorgezogen, für bettlägerige Kranke, zunächst veruchsweise, sogenannte Pfennigpredigten zu beziehen, und die Direktion habe diesem Wunsche zur Befriedigung eines vorhandenen religiösen Bedürfnisses bereitwillig entsprochen. Die ganze Geschichte habe nur eine jährliche Ausgabe von etwa 15 M. verursacht, die für den betreffenden Etat kaum ernstlich ins Gewicht falle.

Diese Angaben stehen in einem gewissen Widerspruch zu den Angaben des vom Rechnungsausschuß erstatteten Berichts. Darin wird die Etatsüberschreitung auf 621,66 Mark beziffert und gesagt, sie sei „zum Teil“ durch die Anschaffung der Schriften verursacht worden. Hierauf muß angenommen werden, daß die Schriften den größeren Teil der 621,66 M. erforderten. Doch das nur nebenbei! Wichtiger als die Frage nach der Höhe der Summe, die der Herr Pastor für seine Traktäthen verlangt hat, ist die andre Frage, ob dem Pastor bezw. dem Direktor überhaupt das Recht zusteht, aus einem solchen Anlaß den Etat zu überschreiten. Dem Herrn Pastor mag dieses Recht über allem Zweifel erhaben erscheinen und vielleicht auch dem Direktor. Aber die Debatte in der Stadtverordneten-Versammlung und der auf Borgmanns Antrag gefaßte Beschluß, die nachträgliche Genehmigung der Ausgabe bis auf weiteres aussetzen, wird ihnen gezeigt haben, daß die Mehrzahl der Stadtverordneten darüber doch etwas anders denkt als sie.

Auf einen Punkt möchten wir bei dieser Gelegenheit noch hinweisen, und zwar denken wir dabei nicht gerade an die Irrenanstalten, sondern überhaupt an die öffentlichen Pflegeanstalten, in erster Linie an die Krankenhäuser, Siechenhäuser, Altersversorgung-Anstalten, Heimstätten usw. In sich ist es ja der rechtigt, daß in solchen Anstalten den Kranken im Rahmen des Etats auch der Wunsch nach Erbauungsliteratur erfüllt wird, sofern ein solcher wirklich vorhanden ist und nicht bloß in der Phantasie des Vektors existiert. Dann sollte aber auch dagegen nichts eingewendet werden, daß die Kranken, wenn sie's wünschen, auch Lektüre anderer Art erhalten, die nicht nach dem Geschmack des Pastors ist. Ueber die Irrenanstalten wollen wir in dieser Hinsicht nichts sagen. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß da thatsächlich ein lebhaftes Verlangen nach Erbauungsliteratur besteht und am Ende darf man den Irren ihre Traktäthen gönnen. Dagegen wird in den Krankenhäusern usw. viel mehr noch jener andre Lektüre verlangt, die, wie gesagt, dem Pastor nicht gefällt. Wenn nun einer auf die Idee käme, den Wunsch auszusprechen, daß in den Krankenhäusern usw. von Amts wegen der „Vorwärts“ gehalten und den Pflegelingen zur Verfügung gestellt würde? Der Wunsch ist, gemessen an den für die freisinnige Berliner Kommunalverwaltung geltenden Grundsätzen, so „unerhört“, daß wir ihn, offen gestanden, selber nicht auszusprechen wagen. Wir wären schon froh, wenn wenigstens der Wunsch erfüllt würde, daß man die Inassen der Krankenhäuser, Altersversorgung-Anstalten usw. ungeschoren läßt, wenn sie sich die ihnen zugesagte Lektüre auf eigene Kosten beschaffen, aber auch so weit sind wir bekanntlich noch lange nicht in den Anstalten der nach freisinnigen Grundsätzen verwalteten Stadt Berlin.

Die Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung haben gestern beschlossen, dem Plenum der Stadtverordneten-Versammlung folgende Mitglieder für den Etats-Auschuß zur Wahl vorzuschlagen: Stadtverordneter-Vorsitzer Dr. Langerhans, die Stadtvögte, Borgmann, Dr. Freudenberg, Friederici, Dr. Glagel, Jacobi, Karl Goldschmidt I, Kalfsch, Kluth, Lange, Liebenow, Michalek, Rosenow und Wallach.

Die Bau-Deputation hat am Mittwoch beschlossen, den Gemeindeführern den Erwerb der zur Verbreiterung der Alexanderstraße notwendigen Flächen vor der alten Alexanderferne gegenüber der Magazinstraße unter den von der Ministerial-Baukommission gestellten Bedingungen zu empfehlen. Mit der Verbreiterung der

Alexanderstraße und dem Wegfall des Engpasses am Treffpunkt der Magazin- und Alexanderstraße wird ein aller Mangel der Bewohner des dortigen Stadtviertels, die schon mehrfach darum petitioniert haben, erfüllt. Ferner beschästigte die Deputation mit der Errichtung und dem Betriebe von Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter durch die Stadtgemeinde. Besondere sind bis zum 1. April die Bedürfnisanstalten (Notunden) für beide Geschlechter auf den öffentlichen Plätzen in Berlin an eine Gesellschaft verpachtet. Die Deputation ist im Prinzip dafür, daß diese Anstalten von der Gemeinde übernommen und verwaltet werden. Sie wird in diesem Sinne dem Magistrat einen Beschluß zur Annahme empfehlen.

Städtische Straßencleaning. Das Straßengebiet, welches der regelmäßigen Reinigung unterliegt, umfaßte am 1. April 1899 eine Straßenfläche von 9429 366 Quadratmeter (gegen 9 192 309 Quadratmeter im Vorjahre). Davon entfielen 5 699 611 (5 608 467) Quadratmeter auf die Fahrbahnen und 3 729 755 (3 583 842) Quadratmeter auf die Bürgersteige. — Die Gesamtlänge der sämtlichen zu reinigenden Straßen betrug 459 Kilometer (gegen 453 im Vorjahre).

Die Schneefuhrkosten verursachten der Stadtgemeinde im Winter 1898/99 eine Ausgabe von 17 865 gegen 23 581 M. im Vorjahre und 729 180 M. im schneereichen Winter 1896/97. Die höchsten Anforderungen an den Stadtkassier stellte im Laufe der letzten zehn Jahre die Schnee-Abfuhr des Winters 1894/95; sie kostete die Summe von 885 567 M.

Die Löhne der im Winter 1898/99 zur Schneebeseitigung erforderlichen Hilfsarbeiter bezifferten sich auf nur 5726 M. — gegen 13 288 M. im Vorjahre und 186 289 M. im Winter 1896/97.

Der Winter des Jahres 1894/95 hatte an Löhnen für Hilfsarbeiter die Summe von 224 184 M. erfordert. — Die Zahl der Schneefuhrer stellte sich 1898/99 auf 7164 — gegen 8726 im Vorjahre und 279 781 im Jahre 1896/97, während im Winter 1894/95 nicht weniger als 340 603 Fuhrten Schnee abgefahren werden mußten.

Der Verkehr auf den Wasserstraßen Berlins zeigt nach dem Centralbl. d. Vauw. veröffentlichten Zahlen gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung bezüglich der abgegangenen Güter, während bei dem Durchgangsverkehr und den angelommenen Gütern Abnahmen zu verzeichnen sind. Das Gesamtgewicht betrug in Tonnen: 1. Durchgehende 801 836, 2. angelommene 4 781 210, 3. abgegangene 672 561. Die Anzahl der Schiffe betrug: 4130 durchgehende, 55 427 angelommene, 54 513 abgegangene. Der sogenannte Lokalverkehr, der die angelommenen und abgegangenen Güter umfaßt, betrug 5 458 771 Tonnen und ist gegenüber dem Vorjahre um 208 681 Tonnen zurückgegangen. Die Anzahl der angelommenen Personendampfer hat sich von 5450 auf 4296 vermindert, die der Schlepddampfer von 17 044 auf 18 042 und die der Güterdampfschiffe von 857 auf 858 mit 62 964 Tonnen Gütern vermehrte. Im ganzen sind zu Berg 2 853 785 Tonnen, zu Thal 1 927 425 Tonnen Güter angelommen, und zu Berg 382 114 Tonnen, zu Thal 840 447 Tonnen Güter abgegangen.

Die Positionen zu Gunsten der Getreidezölle zu Stande kommen, beweist das Vorgehen des Centralvereins der Konserwativen vor dem Potsdamer Thor. Der Verein hatte zum 28. Februar eine Mittelstands-Versammlung nach dem hiesigen Lokal in der Dennewitzstraße einberufen. In der Versammlung, die von kaum 100 Personen besucht war, kam es, nachdem der Reichstags-Abgeordnete Jacobsohn eine Rede für die Getreidezoll-Erhöhung gehalten hatte, durch das Eingreifen mehrerer nicht konserwativer Versammlungsbesucher zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Gegner des Protektionismus, von einem großen Teil der Anwesenden lebhaft beifällig, der Versammlung wurde keine Resolution zur Abstimmung vorgelegt. Die Teilnehmer gingen ohne irgend welchen Beschluß gefaßt zu haben auseinander. Dessenungeachtet hat der Verein im Rahmen der Versammlung nicht nur an den Reichstags-Abgeordneten v. Rebebow einen Beschluß geschickt, in welchem dieser im Kampf für den Protektionismus ermuntert wurde.

Der Zehnprozent-Tarif. Der Januar-Februar-Abbruch der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wird soeben bekannt gegeben. Nach demselben haben die Einnahmen pro Januar 2 070 919,80 M., die des Februar 1 866 134,10 M., zusammen also 3 937 053,90 M. betragen gegen 3 684 043,45 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wühn brachte der Zehnprozent-Tarif der Gesellschaft in den zwei Monaten eine Mehreinnahme von insgesamt 253 040,45 M. Der Tagesdurchschnitt betrug also 98 780,24 M., dagegen im Vorjahre nur 62 441,41 M., so daß eine Mehreinnahme von täglich 4288,83 M. erzielt wurde. — Wann wird der Pfahlschutz des Herrn Thielen auf der Stadtbahn eine gleiche Maßnahme zulassen?

Mit der Spannung der Pferde wird sich, wie eine Korrespondenz meldet, eine demnächst herauskommende Polizeiverordnung beschäftigen. Es soll bestimmt werden, daß die Spannung sämtlicher Kutschfahrzeuge aus sogenannten Umlaufgeschirren besteht, wie sie bei der Artillerie- und Trainspannung gebräuchlich sind. Bei den jetzt gebräuchlichen Geschirren geschieht es häufig, daß den Pferden beim Aufhalten der Wagen die Halsriemen über die Ohren gleiten, die Tiere ihre volle Kraft infolgedessen nicht entfalten können, und das Dremeln der Fuhrwerke dadurch erheblich erschwert wird.

Die erste Strafe, die nur mit solchen Häusern bebaut werden darf, die ausschließlich kleine Wohnungen enthalten, soll demnächst angelegt werden. Ein dahin gehender Beschluß ist gestern Abend im Rathhaus gefaßt worden. Es handelt sich um eine Verbindung der Vorlagener mit der Romintenerstraße. Die Besitzer eines dortigen liegenden Terrains hatten sich erboten, auf ihre Kosten eine neue Strafe anzulegen, und hatten dagegen deren Aufnahme in den Bebauungsplan beim Magistrat nachgesucht. Auf dem neu zu erschließenden Gelände wollten die Antragsteller 600 kleine Wohnungen in 26 Häusern erbauen. Der Magistrat ließ eine entsprechende Vorlage den Stadtverordneten zugehen, die ihrerseits damit einen Ausschuß betrauten. Dieser hat nun gestern unter Vorbehalt des Stadtverordneten Rat getagt und sich für die Vorlage, jedoch mit dem Zusatz entschieden, daß von dem Terrain für die eventuelle Errichtung einer Schule 412 Quadratmeter zum Preise von 45 M. pro Meter der Stadt vorbehalten bleiben sollen.

Ein „Internationales Centralbureau für Tuberkulose-Bekämpfung“ ist durch Beschluß des Deutschen Centralcomitees für Lungenerkrankungen ins Leben gerufen worden. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W., Wilhelmplatz 2.

Mit Falschmünzern ist ein Bahndiener August Weher aus der Schallerstraße festgenommen worden. Weher war zuletzt auf der Nordbahn beschästigt. Seit einiger Zeit fand man in den Warenautomaten der Bahnhöfe viele falsche Zehnprozent-Stücke. Außerdem wurde ein starker Umlauf von gefälschten Zwanzig- und Fünfzigpfennig-Stücken und Zweimarck-Stücken festgestellt. Da die große Falschmünzergilde, die eine Zeitlang in Berlin und der Provinz ihr Unwesen trieb, hinter Schloß und Riegel liegt, so vermutete die Kriminalpolizei gleich, daß sie es mit einem neuen Fälscher und einer neuen Werkstätte zu thun habe. Diese Vermutung erwies sich als richtig. Die Beobachtung der Warenautomaten lenkte den Verdacht auf Weher. Nachdem die Beamten genügend Material gegen diesen gesammelt hatten, nahmen sie ihn in seiner Wohnung, die er allein inne hatte, fest. Bei einer Durchsichtung des Raumes fanden sie, da sie den Inhabern überfallen hatten, allerhand Werkzeuge zur Falschmünzerei, wie Formen und Platten, eine größere Anzahl falscher Münzen und Berge von Schrotlode und Kupfer-Postulaten, ein Beweis, daß sie auch den Automatenmacher gefaßt hatten. Weher wurde gestern dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Verhaftung eines Kriminalwachmeisters. Der Kriminalwachmeister des 102. Polizeiregiments (Weidenweg 40, Biedhoff) Hermann Fehling ist, einem hiesigen Blatt zufolge, auf Grund einer Anzeige wegen mehrfacher Betrügereien und Urkundenfälschung ver-

haftet worden. Einige Tage vor seiner Verhaftung hatte F. seinen Dienst gekündigt und war dann aus dem Amte geschieden. Die ihm zur Last gelegten Vergehen stehen mit seiner Amtsführung in keinem Zusammenhang. Fehling wurde durch Kriminalkommissar Braum dem Polizeipräsidium vorgeführt und am Tage darauf vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Verfahren nimmt seinen Fortgang.

In großer Feuergefahr befand sich in vorletzter Nacht die Kamille des Bahnbeamten Emil Lamprecht, der erst vor einigen Monaten aus der Provinz nach Berlin verzogen war und hier Alsterstr. 122 im vierten Stock eine kleine Wohnung inne hatte. Seine aus Frau und drei noch kleinen Kindern bestehende Familie schlief in der Stube, während er selbst Nachdienst hatte und abwesend war. Etwa nach 3 Uhr früh wurde Frau L. durch das Wimmern ihres zweijährigen Kindes aus dem Schlafe geschreckt. Sie selbst fühlte sich beim Erwachen wie gelähmt, raffte sich aber mit Energie auf, da sie gewahrte, daß das Zimmer in Rauch und Flammen gehüllt war. Ihre Hilferufe machten die Nachbarn mobil, die bereits einen verdächtigen Brandgeruch wahrgenommen hatten. Frau L. kam den Kindern wurde zwar alsbald aus dem brennenden Zimmer gerettet, doch hatten namentlich die Kinder viel Rauch geschluckt. Das Feuer hatte unabsehbare Folgen nach sich ziehen können, wenn es nicht noch rechtzeitig wahrgenommen wäre, da das Haus eine Menge kleiner Mieter beherbergt und die Treppen bereits verqualmt waren. Die alarmierte Feuerwehr sorgte zunächst durch Einschlagen der Fenster für Abzug des Rauchs und löschte dann den Brand, der bereits die Decke zum Dachboden durchlöchert hatte, in kurzer Zeit ab. Die Wohnung brannte total aus. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt.

Durch fünf Schüsse hat sich Dienstagabend der 60 Jahre alte Bierverleger Hermann Friedrich aus der Schönebergerstr. 4 getötet. Der Mann betrieb seit Jahren ein flottendes Geschäft. In den letzten vierzehn Tagen zeigte er ein Befen, das man an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifeln mußte. Ohne Grund behauptete er, daß seine Frau mit einem anderen Mann verkehre, und seine Eifersucht trieb ihn so weit, daß er die Frau mißhandelte. Diese verließ ihn daher vor acht Tagen und ging nach Moabit zu Verwandten. Das brachte Friedrich noch mehr auf. Nachdem er sich einen Revolver gekauft hatte, schickte er gestern einen Hausdiener nach Moabit, um seine Frau zurückholen zu lassen. Als Frau Friedrich vom dem Waffenkäuf hörte, fürchtete sie für ihre beiden Kinder, die bei ihrem Vater zurückgeblieben waren, und ging deshalb gegen Abend wieder nach Hause. Unterdessen hatte Friedrich seine Karaffe, gegen 8000 M., zu einem Freunde gebracht mit der Bitte, das Geld seinen Kindern zulassen zu lassen. Um 11 Uhr Abends schloß er sich in einem hinter dem Viehstall gelegenen Raum ein und jagte sich, nachdem er den Revolver zunächst ziellos abgeschossen und wieder geladen hatte, fünf Kugeln in den Leib. Die herbeigekommene Polizei erbrach den Raum und ein Arzt der Infirmerie I ließ den Schwerverwundeten nach der Charité bringen. Dort erlag er gestern Morgen um 5 Uhr seinen Verletzungen.

Wom Schlag gerührt wurde gestern, Mittwochmorgen, um 4 1/2 Uhr der 46 Jahre alte Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Dr. Julian Goldschmidt aus der Potsdamerstr. 121a, als er auf dem Bahnhofplatz die Notende betrat. Ein Dienstmann holte sofort einen Arzt, der den Erkrankten mit einem Koffwagen Rettungswagen nach seiner Wohnung bringen ließ, nachdem die Gattin und ein Sohn des Justizrats auf telephonische Mitteilung herbeigekurt waren.

Ein Schaufensterdiebstahl ist am Mittwochmorgen um 4 Uhr in der Tauentzienstr. 4a bei dem Juwelier Stütz verübt worden. Die Diebe erbrachen die drei Schloßer und die eiserne Umhüllung des Schaufensters und stückten mit der Hand, die sie durch einen Schwamm schützten, die Scheiben ein. Zur Beute fielen ihnen 29 goldene Damen-Remonteuruhren mit Doppelscheiben im Durchschnittswert von 35 Mark; zwei blanke und zwei mattgoldene Damen-Uhrketten, zwei goldene Ringe und zwei gemusterte Herren-Uhrketten und zwei goldene Manschettenknöpfe mit Diamanten. Der Wert der ganzen Beute beträgt 1643 Mark. Die Diebe sind vermutlich drei oder vier junge Burschen, die ein Arbeiter beschleuderte.

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch war Nachstr. 1 ein Wohnungsbrand und Alsterstr. 33 ein Kellerbrand abzuschließen. Anfang am öffentlichen Felder veranlaßte einen Alarm nach Franzosenstr. 31. Der Täter konnte nicht ermittelt werden. Große Franzfurterstr. 33 brannten Dienstagabend Feuerwerkskörper in einem Schaufenster. Uebergeköchtes Wachs hatte sich Zueghoffstr. 7 entzündet, doch wurde das entstandene Feuer noch im Keim erstickt. Nach dem Leichter Güterbahnhof wurde die Wehr gerufen, da hier ein Waggon beschloßen in Brand geraten war. Kleinere Wohnungsbrände wurden außerdem von Melchiorstr. 30, Wilhelmstr. 118 und Kreuzbergstr. 48 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Aus Lichtenberg wird uns berichtet: Die „Rigdorferer“ hat nun doch an unsrem Ort ihr Opfer gefordert. Der Bürgerverein, der der Neutralität der Socialdemokratie bei der Stichwahl das von seinem Vorsitzenden errungene Mandat ver dankt, hat in seiner Mitte einen „Renommierarbeiter“, seines Leidens Werkmeister in einer Anilinfabrik. Dieser Herr hat das Amt des Rigdorfer Weh übernommen und gegen die Wohl unsrer Parteigenossen in der dritten Klasse im allgemeinen sowie gegen die der Angefessenen im besonderen Einspruch erhoben. Die Vertretung hätte auch dem Verlangen stattgegeben, das Mandat der mit erdrückender Mehrheit gewählten Parteigenossen Weh und Grauer zu kassieren, wenn nicht zufällig der als Richtergesellener gewählte Parteigenosse Kette krankheits halber sein Mandat niedergelegt hätte. Somit hat nächste Woche im zweiten Bezirk der dritten Wählerklasse eine Nachwahl zu erfolgen. Unre in der Wahl ihrer Mittel nicht besonders vorsichtigen Gegner haben aber zu früh frohlockt. Werden in der Sitzung vom Donnerstag auch nur sieben Socialdemokraten eingeführt, so bleibt doch die Zuversicht, daß der achte bald nachfolgen wird.

Friedrichshagen. Auf der Tagesordnung der Gemeindevertreterung am Dienstag stand die Erbauung eines Armenhauses. Nachdem dieser Gegenstand schon mehrere Sitzungen in Anspruch genommen, beantragten unsere Genossen Albrecht, Barth und Sonnenburg, doch endlich der Erbauung zuzustimmen. Vom Vorsteher und mehreren Vertretern wurde der Antrag belächelt und schließlich wurde er gegen die Stimmen der Antragsteller unter dem Ausdruck der Verjüngung abgelehnt, daß nach Feststellung der „Willa“ sich dort Gäste einfinden könnten, die an ein Verlassen der heimischen Stätte nie denken würden. — Im Anschluß hieran erfolgte die Beratung einer von der am 1. Februar stattgefundenen Volksversammlung einstimmig angenommenen Resolution, in der die Gemeindevertretung ersucht wird, alle geeigneten Schritte zu thun, um einer Wohnungsnot vorzubeugen. Von Sonnenburg wurde die Resolution eingehend begründet. Er wies nach, daß infolge der in den letzten Jahren vermindernden Bauthätigkeit ein Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen vorhanden sei und wenn nicht eine Milderung eintreite, eine ausgebreitete Wohnungsnot die Folge sein wird. Der Vorsteher und der Vertreter Thiemie traten diesen Ausführungen entgegen. Durch einen Schlußsatz, den Genosse Barth heftig belächelte, wurde demselben das Wort abgeschnitten und nach einer kaum halbstündigen Debatte die Resolution abgelehnt mit der Begründung: „Hier giebt's keine Wohnungsnot!“ — Die Errichtung einer Fortbildungsschule erlebte daselbst ein Schicksal. Nachdem Sonnenburg wiederholt darauf hingewiesen, daß durch die Errichtung der Schule der Gemeinde keine erheblichen Kosten erwachsen und ein Zuschuß der Regierung sicher sei, und trotzdem in früheren Sitzungen die Mehrheit der Vertretung den Wert einer Fortbildungsschule nicht anerkannt hatte, wurde gegen 4 Stimmen (Albrecht, Barth, Langfeld und Sonnenburg) beschloßen, zur Zeit von der Errichtung der Schule Abstand zu nehmen. — Bewilligungslustiger zeigte sich die Vertretung

bei dem Antrag des Gemeinde-Rathes um Befreiung der Kirchengrundstücke von der Gemeinde-Grundsteuer. Trotz des energischen Protestes von Albrecht, Barth und Sonnenburg wurde der Antrag gegen drei Stimmen angenommen. — Der Gemeindehaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1901 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 282 600 M. Die einzelnen Positionen der Einnahme betragen: Aus Vorjahren 1600 M., gewerbliche Unternehmungen 995 M., indirekte Steuern 29 000 M., direkte Steuern 203 670 M., aus Kapitalien 130 M., aus Grundstücken 2415 M., der Amtsverwaltung 2382 M., Schulverwaltung 8260 M., Armenverwaltung 165 M., Kurparkverwaltung 2100 M. und insgesamt 1352 55 M. Die Positionen der Ausgabe betragen: Aus Vorjahren 1000 M., Amtsverwaltung 44 788 M., Volksschule 91 724 M., höhere Schulen 12 682,50 M., Unterhaltung, Verpflegung und Beleuchtung der Straßen 26 295,75 M., Gesundheits- und Armenpflege 16 228 M., Feuerlöschwesen 1550 M., Baupolizei-Verwaltung 1200 M., Gemeinde-Grundstücke 1600 M., gewerbliche Unternehmungen 27 820 M., Kurpark-Verwaltung 2250 M., Verzinzung und Tilgung der Gemeindegeldschulden 13 814,15 M., Kreissteuer 38 000 M. und insgesamt 4171,91 M.

Die Warenautomaten der Aktien-Gesellschaft für automatische Verkauf, welche auf dem nur gegen Bahnhofs- oder Fahrkarten zugänglichen Teil des Bahnhofs in Potsdam aufgestellt sind, waren während der Sommerferien und abends noch 9 Uhr nicht abgesperrt. Infolgedessen erhielt die Gesellschaft ein Strafmandat über 10 M., gegen welches die Gesellschaft Einspruch erhob, da nach ihrer Ansicht der abgesperrte Teil eines Bahnhofs kein öffentlicher Ort, an welchem der Verkauf von Waren verboten sei. Da das Schöffengericht aber das Strafmandat bestätigte, will die Gesellschaft die Sache bis zur höchsten Instanz durchsetzen.

Für die Vorortbewohner an der Bahnstrecke Baumhulenweg, A. d. Schöneweide, Johannisplatz (Dietrich) am Donnerstag, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Adersmannschen Saale, Baumhulenweg, Gelegenheit, einen mit zahlreichen Licht- und Drehtischen ausgestatteten Vortrag von dem bekannten Kronenorden-Archivhold, Direktor der Treptow-Sternmarie, über „Die Wohnbarkeit der Planeten, insbesondere Mars“ zu hören. In diesem Vortrag wird auch die Erleuchtung des neuen Sterns im Perseus, wie überhaupt das Entstehen und Vergehen der Welten besprochen.

Gerichts-Beilage.

Ein großer Diebstahl- und Hehlerprozess fällt gestern eine ganze Tagesordnung der I. Strafkammer des Landgerichts I aus. Auf der Anklagebank saßen als ungetreue Hausdiener: Hermann Haase, Max Sommerfeld, Eduard Hähnel, Friedrich Förster und Max Fedenstedt, denen sich als Hehler der Hausdiener Karl Friedrich Haase, der Handelsmann Hermann Sommerfeld, der Kaufmann Max Liebermann, die verheiratete Auguste Haase und der Hausdiener Wladislaus Labaschewski zugesellten. Als Verteidiger standen ihnen die Rechtsanwält Dr. Schwindt, Dr. Davidsohn, Dr. Halle Caro und Dr. Halpert zur Seite. Als seiner Zeit Kriminalkommissarius Findeisen nach langwierigen und schwierigen Beobachtungen zur Festnahme der Sommerfeld-Liebermannschen Diebes- und Hehlergesellschaft schritt, erregte die Verhaftung bedeutendes Aufsehen. Hermann Sommerfeld, der in der Kaiserstraße ein möbliertes Zimmer bewohnte, war der Kriminalpolizei dadurch aufgefallen, daß er so häufig den Besuch von Leuten mit Paketen erhielt und selbst sehr oft — bisweilen schon in aller Frühe — Pakete wegrug. Die Polizei hatte ein wachsameres Auge auf die Mysterien des Sommerfeldschen Geschäfts, und zwei Kriminalbeamte waren längere Zeit damit betraut, jeden Ausgang Sommerfelds sorgsam zu überwachen. So wurde festgestellt, daß der Angeklagte Karl Friedrich Haase, der gleichfalls ein möbliertes Zimmer inne hatte und Handelsgeschäfte betrieb, mit Sommerfeld in enger Verbindung stand und eine Art Schleppei für diesen darstellte. Haase sowohl als seine Frau haben zahlreiche von Hausdienern gestohlene Waren zu Sommerfeld gebracht. Letzterer war aber noch nicht die letzte Instanz, der Hauptmacher war vielmehr der Angeklagte Liebermann, der früher in der Kaiser Wilhelm-Straße ein Geschäft gehabt hatte, aber in Konkurs geraten war. Er ist bald wieder emporgekommen, lebte auf großem Fuß, wohnte im Hansaviertel und betrieb im Hause Grenadierstr. 20 in mehreren Zimmern ein Partivaren-Geschäft. Sommerfeld empfing fast täglich die Besuche des Ehepaars Haase, das ihm Pakete überbrachte; spät Abends brachte er die Pakete zu Liebermann, der übrigens sein Geschäft polizeilich nicht angemeldet hatte. Um das Treiben in dem Sommerfeldschen Zimmer genau kontrollieren zu können, hatte sich ein Beamter in ein angrenzendes Zimmer eingemietet und durch eine geschickte Vorrichtung an der trennenden Thür sich in den Stand gesetzt, alle Unterhaltungen in dem Sommerfeldschen Zimmer zu hören. Diese Beobachtungen führten zu der Ueberzeugung, daß dort Diebstahlsware verpackt wurde und das gestohlene Gut schließlich zu Liebermann wanderte. Im gegebenen Augenblick zog die Kriminalpolizei die Schlinge zu, indem sie sowohl Sommerfeld in seiner zuletzt in der Markflusstraße belegenen Wohnung als auch Liebermann verhaftete. Bei Liebermann fand man ein umfangreiches Lager von anscheinend gestohlenen Waren vor: Gold- und Silberwaren, Tische, Kränze, Spielwaren, Paletots, Arbeiteranzüge, Wäsche, Cigarren, Cognac u. c. Es gelang aus daß, die fünf ersten Angeklagten zu ermitteln, die die Hülse Haases, Sommerfelds und des letzten Angeklagten wiederholt in Anspruch genommen hatten, um gestohlene Gut unterzubringen. Zum Teil wurden bei ihnen noch zahlreiche Gegenstände vorgefunden, die sie aus den Geschäften, in denen sie bedienstet waren, gestohlen hatten. Sie waren in einem Lokal in der Klosterstraße, in dem Hausdiener vorgzugsweise zu verkehren pflegten, mit Sommerfeld bezug. Haase bekannt geworden und hatten sich durch Ueberredung auf die laieise Ebene drängen lassen. Der Angeklagte Fedenstedt ist ein Diebstahlspecialist. Er stiehlt gewerbsmäßig in der Paket-Abfertigungsstelle der Hauptpost und ist erst vor einiger Zeit deswegen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Auch jetzt hat er wieder auf der Hauptpost einen Hausdiener einen Karton mit 3 Paletots entwendet, die ihren Weg zu Sommerfeld gefunden haben. — Die ungetreuen Hausdiener loozten im großen und ganzen geläufig, nicht so die Hehler. Insbesondere überließ Sommerfeld ein am Tage der Verhaftung abgelegtes Geschäftskleid und behauptete, daß er Handelsgeschäfte gemacht habe, die nicht strafbar seien. Sein Umsatz habe etwa 100 000 M. jährlich betragen, seine Geschäftsverbindung mit Liebermann sei eine völlig einwandfreie gewesen. Liebermann will nichts davon gewußt haben, daß die Waren, die er gekauft, aus Diebstählen herrührten, behauptet auch, angemessene Preise gezahlt zu haben.

Der Gerichtshof fällt folgendes Urteil. Hermann Haase: drei Monate Gefängnis (1 Monat verläßt); Max Sommerfeld: sechs Monate Gefängnis (3 Monate verläßt); Hähnel: neun Monate Gefängnis; Förster: ein Monat Gefängnis; Fedenstedt: zwei Jahre Zuchthaus (unfähig); Karl Haase: ein Jahr Zuchthaus (3 Monate verläßt); Hermann Sommerfeld 3 1/2 Jahre Zuchthaus; Max Liebermann: Freisprechung; Auguste Haase: eine Woche Gefängnis; Labaschewski: Freisprechung.

Vermishtes.

Selbstmord eines Liebespaars. Aus Breslau wird berichtet: In der vergangenen Nacht 11 1/2 Uhr verübte ein junges unbekanntes Paar auf der Bahnstrecke zwischen Schottwitz und Hundsfeld Selbstmord, indem es sich von dem Ufer nach Breslau fahrenden Personenzuge überfahren ließ. Der Zugführer sah etwa 10 Meter vor dem Zuge die beiden Lebensmüden den Bahndamm ersteigen, konnte jedoch den in voller Fahrt befindlichen Zug nicht mehr zum Stehen bringen.

Ein Liebedrama, dem, wie anzunehmen, zwei blühende Mädchen zum Opfer gefallen sind, spielte sich in Landsberg a. W. ab. Man fand nicht unter der Barthebecke, wo die Barthe offen ist, auf dem Tische zwei Damenhüte und eine Voa. Daneben lag ein Brief mit der Aufschrift „Der letzte Gruß“. In dem Briefe stand, daß die beiden Mädchen Ida Sommer, Tochter des dortigen Maurerpoliers Sommer, und Ida Schmidt aus Berlin, wegen unglücklicher Liebe den Tod gesucht hätten. Beide waren Freundinnen und in demselben Hause bei zwei verschiedenen Herrschaften im Dienst.

Aus Geesehäude meldet ein Telegramm: Der hiesige Fischereidampfer „Repton“ rettete in der Nordsee bei schwerem Sturm neun Mann Besatzung des schwedischen Schooners „Sicula“. Die Geesetiere wurden hier gelandet.

Die Gefangenahme des Räubers Knecht. Ueber die näheren Umstände, unter denen die Verhaftung Knechts gelang, läßt sich der Münchener Polizeibericht vom 5. d. Mts. wie folgt aus: Nachdem die aufgebotene Gendarmrie und Säugmannschaft gestern nachmittag das Baderanwesen in Geesebüden (bei der Station Raunhofen an der Strecke München-Augsburg) vollständig eingeschlossen hatten, wurde heute morgen gegen 9 Uhr die Besichtigung des leeren Anwesens, speziell der Holzverhauung und des Biergebäudes begonnen. Das Feuer wurde etwa eine Stunde lang unterhalten, im Hause hörte sich jedoch nichts. Es mußte daher einige Minuten vor 10 Uhr zum Sturm gefahren werden. Die Gendarmen drangen in das Haus ein und fanden Knecht in einem kleinen Zimmer auf einem Lager von Sägespänen gegen einen Kamin geküßt, von wo er auf die eindringenden Gendarmen feuerte, ohne jedoch zu treffen. Auf Knecht wurde ebenfalls geschossen. Eine Kugel drang ihm in den Unterleib und verletzte ihn sehr schwer, man sagt lebensgefährlich, eine zweite Kugel traf ihn am rechten Oberarm, eine dritte geriet ihm das linke Handgelenk. Polizeiarzt Dr. Fall leistete dem Verwundeten die erste Hilfe. Die Expedition wurde unter dem Kommando des Polizeihauptmanns Seufferheld und Gendarmrie-Oberleutnants Küster angeführt. Ein Geisteskranker Knecht noch in Geesebüden die letzte Uebersicht. Knecht wurde alldam zur Bahn gefahren, mit der er nach München gebracht wurde, wo er kurz vor 1 Uhr eintraf. Im Münchener Centralbahnhof hatte sich eine kolossale Menschenmenge angesammelt, um der Ankunft Knechts beizuwohnen. Der betreffende Zug wurde jedoch zurückgeführt und Knecht draußen an der Baderstraße ausgeladen. Von dort wurde er mittels eines Kranenwagens der Freiwilligen Sanitätskolonne in die chirurgische Klinik übergeführt. In Raunhofen wurde ein Mann verhaftet, der Knecht fünf Tage lang Unterschlupf gegeben hatte. Die Gerichtsverhandlung gegen Knecht soll, wenn Knecht am Leben bleibt, in Augsburg stattfinden.

Ueber die Dynamikatastrophe in Iron in Spanien wird noch gemeldet, daß dieselbe dadurch hervorgerufen wurde, daß die Geländehüter eine Dynamikfeste öffnen wollten. Die Magazine enthielten 34 Kisten mit 3100 Kilogramm Dynamitpatronen und sieben Kisten mit 600 Kilogramm Pulver. Bei der Explosion wurden zehn Menschen getötet und zwanzig, darunter fünf schwer, verwundet. Die Magazine wurden völlig zerstört.

Westenburgerische Schulstunde. Ein Schulstreik ist in Cottin bei Teterow ausgebrochen. Die dortige Schule hatte jüngst mehrere Tage Ferien, weil der Lehrer keine Feuerung mehr hatte, da ihm sein kontraktlich festgesetztes Quantum Feuerungsmaterial nicht verabfolgt war. Der Dorf soll übrigens erst kurz vor Weihnachten angefahren sein. Als der Lehrer neue Feuerung verlangte, wurde ihm ein Fuder geringes Buchholz geliefert, worauf er erklärte, er heize jetzt überhaupt nicht mehr, da dem Hofe die Heizung der Schule kontraktlich auferlege. Infolge dessen wurde eine Frau mit der Heizung beauftragt, welche sich ihrer Aufgabe aber nicht entledigte, weil sie, wie sie sagte, mit dem grünen Buch nicht heizen könne. Als nun eines Tags der Schulinspektor die Schule inspicirte, waren weder der Lehrer noch Schüler in der Schule anwesend.

Bericht deutscher Gardien und Preiser-Gehilfen. Donnerstag, den 7. März, Rosenhallerstr. 57, Restaurant Schiller: Versammlung. Berlin abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen. Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Vandan, Berlin O., an der Stadtbahn Nr. 5, Vortrag über: Was sollen wir essen, was sollen wir trinken. Gäste willkommen.

Ordnungs-Krankenkasse der Bildhauer, Stuccateure und verwandter Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die durch die Beschlüsse der Generalversammlung vom 26. November d. J. notwendig gewordene Kassenberichtigung des 34. und 35. Statuts, wonach die Worte im ersten Satz unter Vorbehalt die Kündigung und der zweite Satz ganz gestrichen sind, hat der Vorstand am 17. Januar d. J. genehmigt und tritt hiermit in Kraft.
Der Vorstand.
J. A. Conrad Starck, Vorsitzender.

Möbel auf Teilzahlung
J. Ostrowski jun.
Gr. Frankfurterstr. 1
am Frankfurter Thor.

Hirtes Festsäle.
Empfiehlt im meinen Saal jeden Sonntag an Vereine zu vergeben. Auch größere Vereinszimmer für einige Abende frei. Mitgliedschaft 14.

Die Schwindsucht, ihre Bekämpfung und Abwehr.
Von Kreisphys. Dr. Max Reimann.
Preis nur M. 1,20. (Briefmarken.)
Lipsius & Tischer,
Verlagsbuchhandlung, Kiel.

Achtung, Bildhauer!
Heute, Donnerstag, den 7. d. Mts., im Gewerkschaftshaus, (Saal I), Engelstr. 15:
Außerordentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Beschlussfassung über verschiedene zurückgebliebene Anträge. 20/14
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Eichert, Andrastr. Nr. 21:
Branchen-Versammlung
der auf
Schlafzimmer beschäftigten Tischler
(Bettstellen, Englische Schränke, Toiletten-Untersätze und Nachtschilde).
Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage unserer Branche. 2. Diskussion. Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen aus der Branche, in der Versammlung zu erscheinen.
Buchdruckerei
mit 1000 Lokaltakt in Borst Berlin zu verkaufen. - Druckerlei besteht seit 20 Jahren. Zeitung bietet vorzügliche Gelegenheit zur Umwandlung in ein Partei-Organ.
Offerten an die Expedition dieses Blattes unter T. 3.

Paul Burows Möbelfabrik,
Streu Schönbauerstr. 2.
In meinem großen Möbelpolier habe ich eine großartige Auswahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Wasser-Einsparung Erhaltung meiner Ladenräume etc. bin ich im Stande, ganz bedeutende Vorteile zu gewähren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10000 M. Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager geräumiger, einfacher, sowie hochherzoglicher Möbel hin, welche zu sehr billigen Preisen abgegeben werden: Kuchenschrank über Mahagoni-Reisenschemel und Vertikal 20 M., Korridorbank 22, Tischlerarbeiten 25, Bettstellen mit Matrize und Kissen 22, (einstufige) Buchschrank mit Springfeder-Matrize und Kissen 44 M., Kommoden 18, Spiegel 9, Schrankensystem 45, Nilwan mit Sitzbank 38, Garnituren, Paneele mit Bettstellen und Tischplatten 35, Salonmöbel, Kaminöfen, Spiegel, Herrenkleider, Herrenkleider, Garderoben, Kleider, Bücherregale etc. Eventuell Einrichtungen gegen Teilzahlungen unter sonstigen Bedingungen. Besonders geringe Anzahllösungen. Gefällige Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden sauber transportiert, auch nach außerhalb. (5742)

Berufs-Bekleidung
- aller Arten -
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Nantuffel-Strasse.
5140*

Eingegangene Druckschriften.
Der „Sächsische Volksbote“ bringt in seiner Nr. 100 einen Artikel nach dem Gemälde Arnold Böcklins: „Freiheit“. Auf einem aus den braunen Meereshöhlen ragend blickt Eduard und das Gede des letzten Willen sind in fatischer Weise im Bilde vereinigt. Von dem letzten Teil seien genannt: Der Mensch im Spiegel der Natur und eine Abbildung über Arnold Böcklin von Konrad Witzsch.

Marktpreise von Berlin am 5. März 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut D. G.	15,80	15,78	Kartoffeln, neue, D. G.	7,00	5,-
mittel	15,76	15,74	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
gering	15,72	15,70	do. Bauch	1,20	1,-
*) Roggen, gut	14,45	14,44	Schweinefleisch	1,60	1,20
mittel	14,43	14,42	Rindfleisch	1,80	1,-
gering	14,41	14,40	Hammelfleisch	1,60	1,-
*) Gerste, gut	15,40	15,40	Butter	2,40	2,-
mittel	14,60	15,00	Eier 60 Stk	5,20	3,-
gering	13,80	13,10	Papfen 1 kg	2,20	1,-
*) Hafer, gut	15,90	15,40	Wale	2,80	1,20
mittel	15,30	14,80	Gaube	2,50	1,20
gering	14,70	14,20	Gerste	2,40	1,-
Nachstroh	7,16	6,82	Bartha	1,80	0,80
Heu	8,-	5,30	Schmalz	3,-	1,20
Erbsen	40,-	25,-	Weiz	1,20	0,80
Speisebohnen	45,-	25,-	Reis	per Schock	12,-
Wicken	50,-	30,-			

*) ab Bahn.
*) frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 6. März. Der heutige Getreidemarkt war sehr geschäftlos. Die für die Tendenz ausschlaggebenden Momente fanden teilweise miteinander im Widerspruch. Preise erfuhren keine wesentlichen Veränderungen. Weizen war per Mat etwas gefragt, per Fall mehr angeboten. Großbare Ware in Bandungen aller Provenienzen des In- und Auslands war reichlich offeriert. Angehlich treten auch die Landwirte der südlichen Provinzen als Abgeber auf, nachdem sich der Preis für den Sommer als nicht so schlimm herausgestellt hat, wie man annahm. Dagegen wollte das etwas ältere rogenische Mehl eher simulieren, besonders im Hinblick auf den hohen Barometerstand. Roggen war weniger stark und nicht billiger angeboten. Weiz hell, gut behauptet. Weiz lag sehr besonders hoch, welche immer knapper wird, wurde 1/4-2 R. besser bezahlt. Hafer blieb unverändert. Mühlgut gut behauptet.
Speisestoffe. Spiritus wie gestern.

Städtischer Schlachthausmarkt. Berlin, 6. März 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Junge Rindern: 655 Rinder, 2173 Kälber, 477 Schafe, 10143 Schweine. Bezugs wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in M.): a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Küllen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 40-60. - Ferkeln und gute Saugfäher 60-60; d) geringe Saugfäher 48-52; e) ältere, gering genährte (Ferkel) 38-48. - Schafe: a) Rindfleisch und jüngere Rindfleisch 20-22; b) ältere Rindfleisch 43-45; c) mäßig genährte Rindfleisch und Schafe (Werkzeuge) 43-45; d) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; e) ältere ausgewachsene Rinde und wenig gut entwickelte jüngere Rinde und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Rinde und Ferkeln 43-45; e) gering genährte Rinde und Ferkeln 38-42. - Kälber: a) fleischige Rindfleisch (Vollfleisch) und beste Saugfäher 68-70; b) mittlere Rindfleisch und gute Saugfäher 60-60; c) geringe Saugfäher 48-52; d) ältere, gering genährte (Ferkel) 38-48. - Schweine: a) Rindfleisch, der feineren Rindfleisch und deren Zerlegungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-230 Pfund (Körper 55-57); b) schwere, 200 Pfund und darüber (Körper) 00-00; c) fleischige 68-68; d) gering entwickelte 42-52; e) Sauren 51-53. Für 100 Pfund mit 20 Pct. Tax.

Briefkasten der Redaktion.
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Freitag, 2. März. Die zweite Teilung Polens (aus 1793, die dritte und letzte Teilung 1795 hat).
G. M. 44. Wenden Sie sich unter Dorlegung und Glaubhaftmachung des Sachverhalts an das Amtsgericht mit dem Antrage, Ihnen zu gestatten, gerettet von Ihrem Platze zu leben. - W. Neumann. Sie haben

Ihre Tochter nur mit Einwilligung der Schulbehörde aus der Schule nehmen. Die Annahme, daß mit vollem 14. Lebensjahre die Schulpflicht aufhört, ist irrig. Die Schulpflicht hört in der Regel mit Ablauf des 14. Jahres, in dem das Kind 14 Jahre alt wird, auf. Das Kind muß aber noch ferner die Schule besuchen, wenn es nach Abschluß der Schulbehörde die für ein Kind seines Standes erforderlichen Kenntnisse noch nicht erworben hat. Wollen Sie die frühere Entlassung Ihres Mädchens, so müssen Sie sich also an die Schulbehörde wenden. - W. T. Rein.
- Rosenhof. Für die Frage in das Amtsgericht in Waren zu gehen. - W. Oken. Ihre Frau hat nicht für Ihre Schulden. Nur dessen Sicherheit Ihrer Ehefrau ist es gut, vor der Verfall einen Übereinstimmenden oder notariell zu schließen und ihn in das Matrikelregister eintragen zu lassen. Ein Beispiel zu einem solchen Vertrag finden Sie auf Seite 226 des dem „Arbeiterrecht“ angehängten Führer durch das bürgerliche Gesetzbuch. - Gr. 9. Sie mühen auf Zahlung der Miete Klage. Ihnen steht ein Retentionsrecht an den Sachen so wie jedem Vermieter, das heißt soweit es sich um die Befriedigung unerworbener Sachen handelt. Die unentgeltlichen Gegenstände sind nicht pfändbar und können auch nicht zurückgehalten werden. - 1901. Ja. - S. S. S. Falls nicht etwa der nicht mitgeteilte Inhalt der Statuten entgegensteht: Rein.
- Rechner. Hat eine mündliche oder schriftliche Vereinbarung dahin stattgefunden, daß Sie die für Ihren Sohn zu leistenden Kronrentenbeiträge tragen, so ist diese Vereinbarung rechtsgültig und der Kläger berechtigt, gegen Sie auf Zahlung zu klagen. Sie thun daher gut, vor dem neuen Termin zu zahlen. - S. M. Eine Frist, innerhalb deren das Schiedsgericht Berathungstermin anberaumen mußte, giebt es leider nicht. Es ist von den klagenden Parteien ein sozialdemokratischer Antrag, eine solche Frist festzusetzen, abgelehnt und auf eine nachvollziehende Praxis der Schiedsgerichte verwiesen. - W. Schulze. 1. Rein. 2. Das Grundbuch mühte, wenn Ihre Darlegung zutrifft, auf den Namen des Grundbesizers oder sonstiger Erben eingetragen sein und den Erben gehören. Entgegenfalls Sie sich auf dem Amtsgericht (Grundbuchamt), wie als Eigentümer eingetragen ist und auf Grund welcher Verfügungen (Erbvertrag? Vertrag?) und sprechen Sie dann in der juristischen Sprechstunde gelegentlich vor.
- Speranza 1000. 1. und 2. Hinterläßt Ihre Tante nur ihren Mann, Geschwister und Geschwisterkinder, so erhält, falls kein Testament vorliegt, der Witwer die eine Hälfte des Nachlasses und überdies das sogenannte Voraus, d. h. er erhält im voraus alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben und die Haushaltsgeldern. Die nach Wegzug dieses Voraus und der einen Hälfte verbleibende Hälfte fällt an die Geschwister und an die an Stelle der verstorbenen Geschwister tretenden Geschwisterkinder. 3. Der Witwer ist den Erben gegenüber und, wenn gültige Verbindungen nicht existieren, dem Verstorbenen, in dem die Erbloserschaft zuerst ihren Wohnsitz hatte, geltend zu machen. - W. W. 3. Weider nicht.
- Ernst 7. 76. 1. und 2. Rein. - Wilsdorf u. O. 1. Das Mädchen konnte ohne Ihre Einwilligung heiraten. 2. Sie sind zur Alimentation des Kindes verpflichtet, falls Sie nicht beweisen, daß das Mädchen innerhalb der kritischen Zeit auch mit einem andern Mann geschlechtlichen Umgang gehabt hat. - S. Morgenrot. Wenn damals Verurteilung eingetreten ist, so ist dies Urteil noch heute vollstreckbar. Ebenso ist noch jetzt Einbruch gegen das Urteil zulässig, wenn das Urteil ein Verurteilungsgericht war. Erst in 30 Jahren tritt Verjährung ein. - 105 G. 6. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Ihre Schwester würde durch die Mitteilung sich nicht einer Beteiligung schuldig gemacht haben. - S. M. 99. Rein. - S. G. 92a. Eheliche Güterverhältnisse sind jeder Erbteilung, der 150 R. nicht übersteigt, ferner jeder Erbteilungsanteil an Gütern, Großeltern usw., Kinder, Enkel usw., und an den Ehegatten, ferner jeder nicht mehr als 500 R. betragender Erbteil von Personen, die in einem Dienstverhältnis zum Haushalt des Erblassers angehört, endlich die Erbteilungs des Fiskus, öffentlicher Anstalten usw. Im übrigen beträgt die Erbteilungssteuer, je nachdem in welchem Verwandtschaftsverhältnis zum Erblasser der Erbe steht, 1 bis 6 Proz. - 113. Schiedsverhältnis steht dem Betroffenen ein Rechtsanspruch zu. Sprechen Sie mit allen auf den Fall bezüglichen Papieren in der juristischen Sprechstunde vor. Ebenso steht ihm ein Anspruch auf 120 R. Wilsdorf zu. Wenn Sie an S. unter der Adresse Reichstag schreiben, so erhält er den Brief. - W. Sch. 1. und 2. Ja. 3. Rein.

Witterungsübersicht vom 6. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hand mm	Wind- richtung	Witterung	Wetter	Temp. u. G. °C. u. °F.	Stationen	Barometere hand mm	Wind- richtung	Witterung	Wetter	Temp. u. G. °C. u. °F.
Swinemünde	754	SW	4 bedekt	3	4	Dapruntha	755	SE	4 bedekt	-1	4
Bamberg	756	SE	4 bedekt	3	4	Petersburg	756	SE	4 bedekt	-1	4
Berlin	757	SE	4 wolkenl	4	4	Gort	751	SE	4 wolkenl	6	4
Frankf. M.	758	SE	4 h. bed.	3	4	Aberdeen	758	SE	4 h. bed.	4	4
München	766	SE	4 wolkenl	2	4	Paris	759	SE	3 bedekt	3	4
Wien	760	SE	5 bedekt	6	4						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 7. März 1901.
Heimliche aufkommend, vorzüglich trübe mit Niederschlägen und streichen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berlin-Wetterbureau.

Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Sonnabend, den 9. März 1901:
12. STIFTUNGS-FEST
in den Räumen des Palast-Theaters (früher Feen-Palast)
Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke.
- Auftreten des gesamten Theater-Personals. -
Gesangs-Aufführungen mehrerer Arbeiter-Gesangvereine (M. d. A.-S.-B.)
Dirigent: R. Blobel.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Ledebour.
Nachdem: Tanz.
Herrn, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Tische und Stühle dürfen nicht mit Garderobe belegt werden. Garderobe 15 Pf., wofür 1 Kind frei.
Anfang präzise 8 Uhr. Programm gratis.
246/10
Billet 25 Pf.
Der Vorstand.

Pomril
alkoholfreies Aepfelmot, bestes erfrischendes Getränk
1/20 Lit.-Fl. 50 Pf. mit Flasche.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
General-Vertreter der Norddeutschen Pomril-Compagnie in Hamburg.

Eugen Neumann & Co. Am IV. 9678.
Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 61. Genthinerstr. 29.
Oranienstr. 120. Gräner Weg 60. Elsassstr. 71. Putbusstr.
strasse 35. Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 129. Char-
lottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Elektra-Abendkurse
Gründung 12. März.
Theoretische und praktische Ausbildung für alle Zweige der Elektrotechnik. Keine Bekanntheit. Begründet.
Anmeldungen Pringelstr. 58.

Künstliche Zähne.
Garantiert schmerzlos.
Zahn- u. Wurzel-Operationen, Plomben etc.
Sägen Ia von 2,00 an. Prima Sägen v. 2,00 an. Unverg. Garantie.
Bestimmte Zahlungsbedingungen.
Bruno Steffens, Reanderstr. 21 (Königsf.).

Möbelstoffe!
alle Qualit. selten billig!
and Heft (Gelegenheitskauf):
Mocqueté-Plüsch 5,33 M.
per Meter (100 Centimeter breit).
Winter bei näher. Angabe franco.
Boelia S.
Emil Lefèvre, Cranenstr. 158.

Fahrräder-Leihhaus!
Verfallene Räder, neu und alt in grosser Anzahl
spotbillig. [271]*
Nur erstklassige deutsche
Marken.

Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11.
Zähne, Plomben, 1 M. an,
vollständige Teilzahlung.
Invaliden-
Frau Olga Jacobson, Strasse 145

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 7. März.
Oberhand. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Ein Sommer nachtdraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Herr Senator. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Sieger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Fischmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kräfte. (I. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Continend Chemänner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Bunttes Theater: Lieberbreitt. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. San Toy. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wilhelm. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damen Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Das Modell. Anfang 8 Uhr.
Bellevue. Alliance. Der Selbstmörder. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. D-Vorstellung. Rosenblüten. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung.“ Im Hörsaal: Dr. Nass: „Das Bier.“
Invalidenstr. 57/62. Tagl. Sternwarte.
CASTANS PANOPTICUM. Ein Riesen-GORILLA. Neu! Neu! Neu! aus Yaunde, Hinterland von Kamerun — erliegt von einem Deutschen, die größte zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts. **Konzertkapelle la Zarina.** Der Germanensaal.
Passage-Theater. Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Fortsetzung der „Damen-Ring-Kämpfe“. Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr. **Rosendienstag.** 17 erstklass. Nummern.
Central-Theater. Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen. Schauspiel: **Miss Mary Walton.** **San Toy.** Schöne Operette in 2 Akten von Edw. Morton, Grandmal und Rob. Wulst von Edwin Jensch. Morgen u. folgende Tage: **San Toy.** Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halb. Preisen: **Die Geisha.**

Edviller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Euphilet in 3 Aufzügen von Franz v. Schwanen und Gustav Rabelburg.
Freitag abends 8 Uhr:
Der Retter.
Sonnenabends 8 Uhr:
Rosmersholm.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Das Modell.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Opern-Gespielt: **Der Troubadour.** Oper in 4 Akten v. Verdi.
Sonnenabend, nachmittags 4 Uhr:
Kindervorstellung: **Stoffpappchen.**

URANIA * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Donnerstag, ab. 8 Uhr:
„Unser Rhein, von der Quelle bis zur Mündung.“
Im Hörsaal:
Dr. Nass: „Das Bier.“
Invalidenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM
Ein Riesen-GORILLA
Neu! Neu! Neu!
aus Yaunde, Hinterland von Kamerun — erliegt von einem Deutschen, die größte zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts.
Konzertkapelle la Zarina.
Der Germanensaal.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Fortsetzung der
Damen-Ring-Kämpfe
Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.
Rosendienstag.
17 erstklass. Nummern.

Central-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.
Schauspiel: **Miss Mary Walton.**
San Toy.
Schöne Operette in 2 Akten von Edw. Morton, Grandmal und Rob. Wulst von Edwin Jensch.
Morgen u. folgende Tage: **San Toy.** Sonntagnachmittag 3 Uhr, zu halb. Preisen: **Die Geisha.**

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Durchweg neues Programm!
Alles Schlager 1. Rang!
8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Die beiden Wenzel.
Schwan in 1 Akt von G. Heß. Raabe, früher Schauspieler: Dr. Rich. Winkler.
Mc. Kean. Genialitäts-Schauspiel! Neu für Europa.
Familie Talschuh. 5 Personen auf dem Turmsteil.
Gebr. Damm. Exzentrik-Akrobaten 1. Rang.
Sonn- u. wochent. 7 1/2 Uhr. Anfang: Entree 50 Pf.

Freie Volksbühne.

Voranzeige! Eine 3. Opern-Vorstellung findet am 28. April statt im „Theater des Westens“: **Der Barber von Sevilla.** Zu dieser Vorstellung werden nur diejenigen Mitglieder zugelassen, die zu den ersten beiden Vorstellungen keine Marken erhielten. Die Ausgabe der Marken erfolgt vom 1. April ab in den Zahlstellen.
Sonntagnachmittag (10/3.) 2 1/2 Uhr, im Theater des Westens (Charlottenburg, Kantstrasse): **I. Oper (rote Marken): Der Barber von Sevilla.** Die Verlosung der Billets beginnt im Foyer des Theaters um 1 1/2 Uhr.
VI. Abteilung: Sonntagnachmittag (10/3.) 2 1/2 Uhr, im **Carl Weiss-Theater:**
Meister Oelze.
II. Abteilung im Lessing-Theater, nachm. 2 1/2 Uhr:
La Robe rouge (Die Rächerin). Drama in vier Akten von Eugène Brieux. Deutsch von Dr. A. Berthold.
Achtung! Märzfest Achtung!
Sonnenabend, 18. März, abends 8 Uhr, Branerel Friedrichshain. Festrede: **Herr Wilhelm Bölsche:** „Der moderne Mensch in der Kunst.“
Gesang: **Frl. Brackenhauer** und **Herr Gustav Waschow** (Theater des Westens); **Frl. Bratsky** und **Herr Koppel** von Wolgogens Buntentheater.
Konzert: **Gebrüder Borisch** (Violin- u. Cello-Virtuosen).
Festmarken à 50 Pf. in allen Zahlstellen.
Da nur eine beschränkte Anzahl zur Ausgabe gelangt, empfiehlt sich rechtzeitige Abnahme.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergers Festsälen.** Nebst: **Max Schindler.** — Telefon: Amt IV Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball,** als **Spezialität: 6 Cigarren- und 6 Apfelsinen-Regen** u. verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Spielen u. diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Der große Saal nebst Nebenräumen ist am 1. Pfingstfesttag an Vereine zu vergeben. [*]

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erlässliche. Dittion:
Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Riesen-Walfisch.
21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.
Su beschäftigen Reindendörfer- und Rabenstraße-Gede bei Stadtring- Bahnhof Wedding. 9022*
Eintrittspreis 20 Pf. Eintrittspreis 20 Pf.
Im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr.
Hütet Euch
vor gewissenlosen Kaufleuten die Euch sagen: „Dies ist so gut wie“ oder „dasselbe wie“ **Karol Wells Seifen-extract.** Es ist falsch! — **Karol Wells Seifen-extract,** die beste trockene Seife in Pulverform, ist nur echt, wenn in hellgrauem Papier gepackt, mit Schutzmarke Waschlapp, und darf nicht verwechselt werden mit geringwertigen Waschpulvern, welche die Wäsche ruinieren.
M. Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20.
Der 2. Osterfesttag (Montag, der 8. April) ist frei geworden und unter sehr günstigen Bedingungen an Vereine zu vergeben. 9235*

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 72.
Beste Ausführung:
Zum 100. Male:
Amor von heute.
Freitag: Zum 101. Male:
Amor von heute.
Sonnenabend, den 9. März: Zum 1. Mal:
Der Adetten-Bater.
Pöffe mit Gef. u. Tanz in 5 Bildern. 5. Bild: **Das Lieberbreitt.**

Metropol-Theater.
Behrensstr. 55/57.
Man lebt ja nur einmal.
Große Gesangsposse in 5 Bildern.
Vorher:
Das neue März-Spezialitäten-Programm.
Anfang 1 1/2 Uhr, der Pöffe 1 1/2 Uhr.
Näheres überall gefastet.

Apollo-Theater.
Kolossaler Erfolg!
Grigory-Truppe Salerno
Die Wolkovskys
Bernh. Mörbitz
Miss Deyo
sowie die neuen März-Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Des Löwen Erwachen.
Kasseneröffnung 7, Anf. 8 Uhr.

Passage-Panoptikum
J. Dumont der Franzose mit d. größten Bild der Welt.
Der Bild hat die ungläubl. Länge v. 3 Meter 65 Ctm.
Bildnis der größte Soldat d. Welt. General Baum der kleinste Soldat der Welt.

Cirkus Busch
Donnerstag, 7. März, 7 1/2 Uhr:
Grosser Jubiläums- u. Festabend anlässlich der
100. Aufführung der
Eisernen Maske.
Lo masquo de ser.
Gr. historisches Reneger-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Unter anderem: **Die Jagd bis in die Girkuduppel hinauf!**
Ferner: Auftritte des berühmten amerika-nischen **Pferdebändigers** Professor Norton B. Smith.
Besonders hervorzuheben: **Die gefährliche Fahrt unter der Eisenbahnbrücke.**
Vorzügliche Programmnummern.
Sonntag, 10. März, nachmittags 4 Uhr: **Berliner Landpartien!** wozu jeder Erwachsene auf allen Sitz-plätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maske.**

W. Noacks Theater.
Brannenstraße 16.
Ehrliche Arbeit.
Vollständig mit Gesang in drei Akten (5 Bildern) von G. Wiften.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Freitag:
Die Ehre eines armen Mädchens.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künsiler-Konzerle.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Säng.
Nach jeder Solizee:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei. Vereinsbillets gültig.
Donnerstag:
Wochentags:
Sonntag: **Wochentags.**
Montag: **Lustige Bagabonden.**

Reichshallen
Stettiner Säng.
Neues Programm!
Siehe sämtliche Säulen.

Album- u. Lederwarenfabrik
Oskar Gundau,
30. Oranienstrasse 30, Ecke Knaibstrasse.
Schlangbügel u. 1.05 am Schmiedestrich

Urania
beste, feinste Marke.
Billige Preise.
Wiederverkäufer g. gesucht.
Urania-Fahrrad-Fabrik, Kottbus.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restauration, Garten, Tanzsaal. jeden Sonntag öffentlicher Tanz, so fort verköchlich. Agenten werden. Kaufamt bei Gohmann, Bismarckstr. 55. [495*]
Spezialist, Kräutlerstr. 65. [495*]
Möbeldändler, Wohnung! Zur Einrichtung von Billiggeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigen Preisen. Hermann Jordan, Kleine Marktstrasse 28. [495K*]
Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. [41*]
Vorzählige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Berandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Wetten, Steppdecken, Sportbillig, Leibhaus Reanderstrasse 6. 55/10*
Reparaturarbeiten, Regulatoren, Oberländer Sportbillig, Leibhaus Reanderstrasse 6. 55/10*
Zeppische, Gardinen, Sportbillig, Leibhaus Reanderstrasse 6. 55/10*
Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Götter, Grüner Weg 80, parterre. 5068*
Damenhemden mit hübscher Handstickerei, wenig angekauft, 1.30. **Damig, Wälschstr. 30, Alexander-**strasse 30, I. Boderhaus. 5348*
Stetten, guter Stand, sofort 23 Mark verkauft! Knaibstrasse 78 I rechts. 29075
Ruhbammmöbel, ganze Wirtschaft, billig veräußert. Sofienterstrasse 38 I rechts. 5338*
Zeppische mit Gardinen, Juchter, Juchterstrasse 9, parterre. 741*
Konzerntrollen, Lustweibchen, Geddes, Waldhofel, billig, Große Frankfurterstrasse 18. 28975

Möbel auf Teilzahlung Pringenstrasse 62. 52/12*
Taubenbau! Gebrauchte und neue Datten, Leisten, Kanthölz, Bretter, Klärten, Fenster, Doppelpappe, Zier, billig. Reiterstr. Dom 22. [28065*]
Fahrräder, nur gute selbstgemachte, sowie Reparaturen und Zubehör zu solchen Preisen bei Carl Riethe, Große Frankfurterstrasse 123. [29525*]
Fahrräder, Teilzahlung, konstante Bedingungen. Fadrif, Drantenstrasse 176. 5168*
Mähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Niederrandenstrasse 7, Hof 2 Treppen. 1438*
Mähmaschinen: Krayna, Adler, Ringelstücken, Wafsch, und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Rossmarkt, Wangelstrasse 118, Laden. 5288*
Motorsäbier, Holzbohrer, für Buntarme, Brautranke, Schwächliche, Gemüthsunahme, bessere Geschichtsfarbe, überaus schön, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Tonne 3,50 effluöse. Nicht Kleinfabrik, Qualität entscheidet. Bortersfelder Ringler Bernauerstrasse 119. 91/11*
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre.
Kleiderpinsel, Wäschpinsel, Spiegel-spiegel, Spiegel, Schlässe, Auszieh-Licht, Stühle, Bettdecken, Matrasen, Säulenstimmeln, Kommode, Regulator, Bilder, Betten, Plisse, Feder verkauft schenung für'n Sportspreis! Gohmannstr. Waldemarstr. 77, vorn I.
Mähmaschinen, am besten direkt im Geschäft, sämtliche Schneefräher, Ringelst, Bobbin, Adler, ohne An-zahlung, wöchentlich 1-, fünfjährige Garantie. Beschäftigung erwünscht. Schnellste Lieferung auch durch Post-faste. Reize, Turmstrasse 39; II. Ge-schäft Bernauerstrasse 49. [148/4*]
Pianino, gebrauchte, große Aus-wahl billig, Wälschstr. 5 parterre links. 720*

Vermischte Anzeigen.
Die Beleidigung, die ich über Fräulein Pauline Krüger, Grob-Wälschstr. 67, Paralelstrasse 19 wohn-haft, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit als unmaß zurück. Paul Krüger, Grob-Wälschstr. 67, 29768
Klavier-Unterricht für Erwachsene Langenbeckstrasse 3. 5318*
Portenanzahl Dammana, Oranien-strasse 67, Morigplatz. Erstmalen kostenfreier Kat. abends bis neun.
Rechtsbureau, Rechtschiffe, Ein-gabeneinsicht, Raterteilung, Andreaskrahe Dreimühlstrasse. [29706*]
Kugelfabad, Köpenderstrasse 60, über jeder Art für sämtliche Kranzen-fassen. 4718*
Der Stoff hat? Fertige Herren-anzüge mit Futterenden 15, mit Stoff 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstrasse 59, III. Bute Hansen beachten! [28455*]

Vermietungen.
Wohnungen.
Borori, Königs- Wustenhäuser, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kojer sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amtgarten 2. [14045*]
François Leçons 0,75. Professor Parisien Pommeret, Breitestr. 19.
Elektrotechnik, Abendkurs beginnt. Janson, Alte Knaibstrasse 24. [*]
Tamenkleider reinigen, färben, Verwaschene reinigen von 2,50 Mark an. Rotlind's Färberei, Andreasstrasse 78 parterre, Eisenbahnstrasse 18.
Runkelkopferlei von Frau Rotlind, Steinwegstrasse 48.
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bismarckstrasse 66, 2. Hof parterre. 23875
Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Juelstrasse 10. [2062*]
Saal und Vereinszimmer empfiehlt Langhans, Pötenbergstrasse 21. *
Vereinszimmer frei. Kraam, Scheringstrasse 10. 764*
Vereinszimmer. Sommer, Wannenstrasse 25. [2701*]
Vereinszimmer Berlin, Rup-pnerstrasse 49. [1757*]
2 Vereinszimmer. Nefdomstrasse 29a, Sprenger. 28136
Vereinszimmer Simeonstrasse 23 Bild. 444K*
Vereinszimmer zu vergeben Eisenstrasse 68. Oplz. 2980b
Wälschpotierer, welche gewillt sind, einer Gesellschaft beizutreten, können sich melden bei Wälschpotierer-Offnung e. G. m. b. H., Krautstrasse 52, 2. Hof IV rechts. [39836*]

Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Pöffenstrasse 54, Ouergebäude III, bei Witwe Rosenthal.
Schlafstellen.
Schlafstelle, 2 Herren, zu vermieten, Bahr, Rheinbergerstrasse 64 vorn II. 768
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Farbige, Barockgoldler und Bergarbeiter verlangt Jockel, Stahlstrasse 28. 2652b*
Tapezierer-Belehrung verlangt Moriz Gläser, Rummelsburg, Goethestrasse 19. 2475*
Fischer-Belehrung verlangt Butehoff, Oranienstrasse 9. 419
Bergelder auf bessere Politurarbeiten erlangt Fruchter. 63. 742
Fliesenbender-Belehrerinnen mittleren Grades, die große Boden liefern können, suchen unter Vorlage von Attesten Gebrüder Ruden, Burgstr. 7.
Glätterinnen im Hause verlangen Gebrüder Ruden, Burgstr. 7. 55/17
Junges Mädchen zur Schneiderei verlangt Fr. Reich, Landsbergerstrasse 147. 742
Mädchen auf fertige Leisten verlangt Schneider, Schmitzstrasse 9.
Saubere Weite, welche am Schnittpunkt Dänziger-Weihenburger Strasse wohnen, zur Hausreinigung gesucht (Wohnung erst am 1. Oktober frei.) Adressen unter G. S. Postamt 58.

Einen Lehrling
sucht die Silberwarenfabrik Seidman- strasse 84. 55/14
Achtung, Holzarbeiter!
In der Reibstichterei von Grone- berg, Weihenitz, König-Goussée 75, haben die Kollegen wegen Lohndiffe- renzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 78/15
Die Crisisverwaltung.
Wachtung, Rabispurger!
Bei der Firma **Carl Schulze,** Charlottenburg, haben die Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Wachen befinden sich Leipzigerstrasse 73/74, Reuterstr. 37/41, Bau- Nordstr. 33, Köpenderstr. 33, und Reindendorfer, Oranienburger Chaussee.
Da wir an der Kontrollen gebindert werden, bitten wir die auf den Wachen beschäftigten Ar- beiter anderer Verne, auf die in Arbeit tretenden Rabispurger zu achten und uns hiervon Mit- teilung nach unserem Bureau, Kommandantenstr. 65, Fernspr. Amt IV Nr. 6591, zu machen.
Der Vorstand.
Achtung, Tapezierer!
Die Kollegen bei der Firma **Jäckel,** Markgrafstrasse 20, befinden sich wegen Lohnreduktionen im Ausstand. Zugang ist fernzuhalten. 177/10
Die Verbands-Zeitung.
Achtung! Stuccateure!
Bei den Firmen **Jäckel, Herr- wick, Hanska** haben sämtliche Kollegen an Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 173/7
Die Lohnkommission.